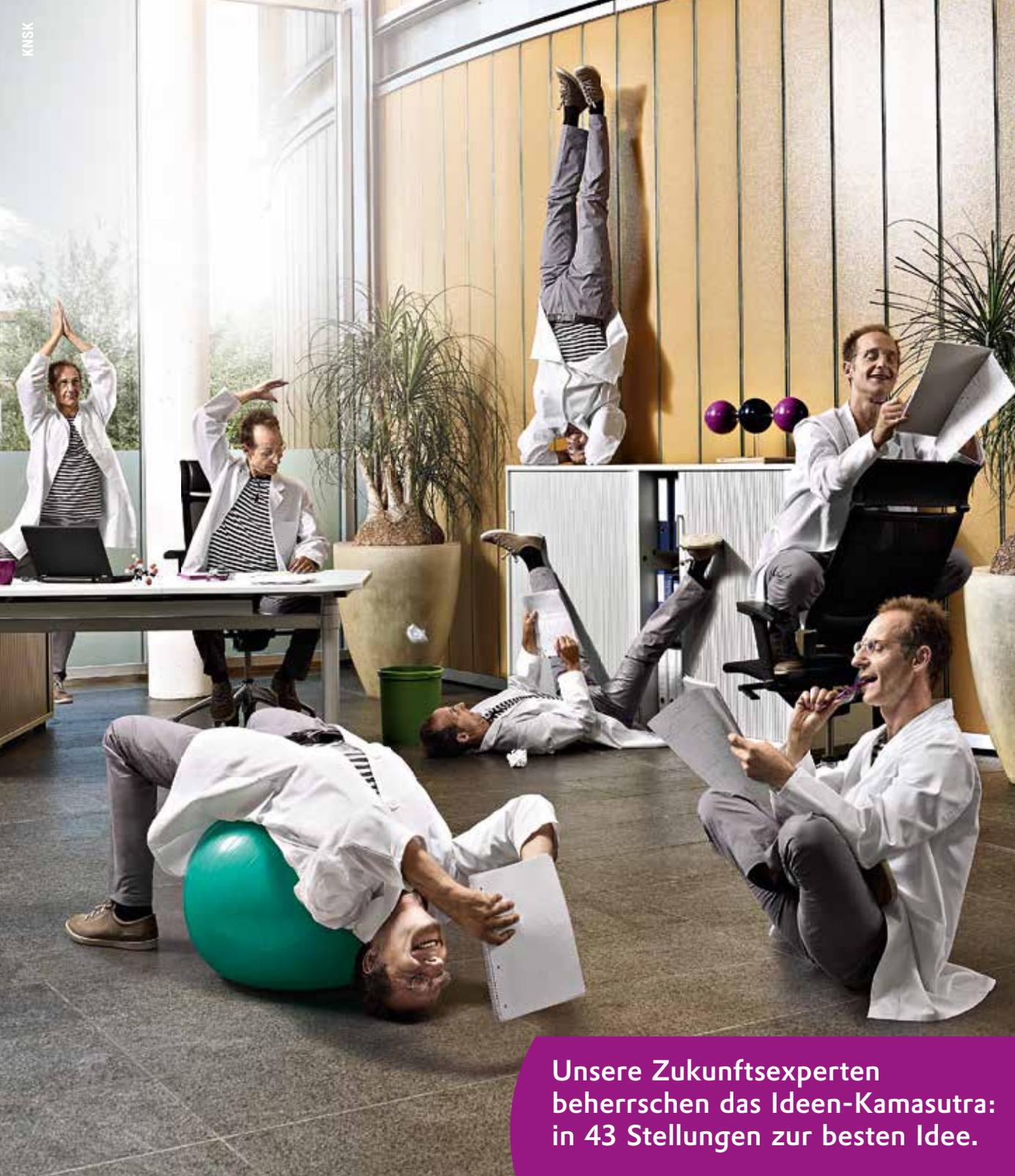


Bei uns in **NRW**

Ausgabe 03/2014
www.cdu-nrw.de
Einzelpreis 2,50 €

*Das Magazin der
CDU Nordrhein-Westfalen*





Unsere Zukunftsexperten beherrschen das Ideen-Kamasutra: in 43 Stellungen zur besten Idee.

Evonik ist der kreative Industriekonzern. Mit Leidenschaft und Know-how entwickeln unsere Experten die Lösungen von morgen – von Leichtbau bis Medizintechnik. Unsere strategische Innovationseinheit Creavis eröffnet als Impulsgeber unseren Kunden neue Märkte und schafft so die Grundlage für eine langfristig erfolgreiche Partnerschaft. Besuchen Sie uns in der Zukunft unter www.creavis.de.

Evonik. Kraft für Neues.



EVONIK
INDUSTRIES



Liebe Leserin und Leser,

in wenigen Tagen begrüßen wir die Delegierten aus ganz Deutschland bei uns in Nordrhein-Westfalen zum Bundesparteitag. Von diesem Kölner Parteitag wird ein wichtiges Signal ausgehen. Wir werden einen Leitantrag beschließen, der zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft und damit zur Festigung des Fundaments unseres Wohlstands aufruft. Wir wollen die Unternehmen in unserem Land stärken, weil Deutschland nur mit starken, innovativen und leistungsbereiten Betrieben, gerade und besonders aus dem Mittelstand, ein starkes Industrieland bleiben kann.

Das zu Ende gehende Jahr war ein gutes Jahr für Deutschland. Ganz Europa bewundert die Stärke der deutschen Volkswirtschaft, die Beschäftigung liegt stabil auf einem hohen Niveau und die Einkommen der meisten Menschen haben sich positiv entwickelt. Es ist ein Verdienst der Bundesregierung und vor allem unserer Bundeskanzlerin, dass Deutschland so gut dasteht und wir mit Zuversicht ins neue Jahr starten können.

Leider gilt dies nicht für Nordrhein-Westfalen. Das Jahr 2014 war erneut ein verlorenes Jahr für unser Land. Es war ein Jahr immer

neuer Schulden, wachsender Kriminalität, hohen Unterrichtsausfalls, schlechter Bildungsergebnisse, bröckelnder Straßen und Brücken, neuer Bürokratie und Kontrolle. Es war ein Jahr des Rückschritts. Anstatt die richtigen Weichen zu stellen und Nordrhein-Westfalen fit zu machen für die Zukunft, betreibt die Ministerpräsidentin eine lustlose Politik ohne Mut und ohne Vision. Die Enttäuschung der Menschen wächst von Tag zu Tag.

Unser Land hat Besseres verdient! Wir wollen im Wettbewerb der Länder wieder Motor werden! Unser Land braucht Innovationen statt Bürokratie, Wachstum statt Stillstand, neue Ideen statt alter Konzepte. Nordrhein-Westfalen braucht einen neuen Aufbruch. Daran werden wir auch im kommenden Jahr arbeiten.

Doch zuvor wünsche ich Ihnen und Ihren Familien schöne, besinnliche und gesegnete Advents- und Weihnachtstage und einen guten Start ins neue Jahr 2015.

Wolfgang Kerst

Inhalt



6



10



22



14



16

Laschet trifft

- 6 Mauer-Flüchtling Michael Schwerk: „Sozialismus und Menschlichkeit haben nichts miteinander gemein“

CDU in NRW

- 10 Grundsatzprogrammprozess: Wofür steht die CDU Nordrhein-Westfalen?
- 12 Textentwurf zum christlichen Menschenbild: So bearbeiten Sie einen Text in CDUplus
- 14 Wir gestalten die Bürgergesellschaft von morgen!
- 16 Mitgliederwerbung: „Damit die CDU die Volkspartei der Zukunft bleibt“

Denkanstoß

- 20 Gastbeiträge von Peter Hintze MdB und Hermann Gröhe MdB zum Thema Sterbehilfe

Im Visier

- 22 „HoGeSa“ – Die unterschätzte Gefahr von rechts

Rubriken

- 1 Editorial
- 3 Meldungen
- 18 12 Fragen an Elke Hannack
- 19 12 Fragen an Tobias Stockhoff
- 24 Schlusslicht: Löttgens Lupe

Zwischen den Seiten 12 und 13 finden Sie eine neue Ausgabe „Landtag aktuell“.

Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.

Auf zwölf Seiten finden Sie Informationen über aktuelle Vorhaben, Initiativen und Anträge der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag.

Impressum

Herausgeber:
CDU Nordrhein-Westfalen
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf
www.cdu-nrw.de

V.i.S.d.P.:
Generalsekretär Bodo Löttgen

Bild- und Textredaktion, Satz:
Beate Müller-van Ißem

Autoren:
Isabelle Fischer, Beate Müller-van Ißem, Ferdinand Schmitz, Stephan Terhorst, Britta Weiss

Redaktionsanschrift:
CDU Nordrhein-Westfalen
Redaktion „Bei uns in NRW“
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf
Tel.: 02 11 - 136 00 - 0
Fax: 02 11 - 136 00 - 15
E-Mail: bei-uns-in-nrw@cdu-nrw.de

Layout:
Designbüdchen
Patrick Dahm
Nelkenweg 12
42489 Wülfrath
info@designbuedchen.com
www.designbuedchen.com

*Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder Illustrationen übernimmt der Verlag keine Haftung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Titelbild: Die CDU Nordrhein-Westfalen wünscht allen Lesern von „Bei uns in NRW“ gesegnete Weihnachten – mit selbstgebackenen Plätzchen von Generalsekretär Bodo Löttgen. Foto: Rochlitzer*

„Berliner Gespräch – Spezial“

60. Geburtstag von Angela Merkel

Zu einem „Berliner Gespräch – Spezial“ lud die CDU Deutschlands anlässlich des 60. Geburtstags der CDU-Vorsitzenden Bundeskanzlerin Angela Merkel ins Konrad-Adenauer-Haus. Ein Höhepunkt des Abends war der Festvortrag des renommierten Historikers Prof. Dr. Jürgen Osterhammel zum Thema „Vergangenheiten: Über die Zeithorizonte der Geschichte“.

„Geburtstage sind Wegmarken zwischen Vergangenheit und Zukunft. Wahrscheinlich haben Sie deshalb einen Historiker zu diesem Anlass eingeladen“, begründete CDU-Generalsekretär Peter Tauber den Rahmen der feierlichen Veranstaltung. Anschließend unternahm der Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Konstanz eine Reise durch die Geschichte und sorgte dabei mit der einen oder anderen Anekdote für gleichsam aufmerksame als auch gut unterhaltene Zuhörer. Auch die CDU Nordrhein-Westfalen gratuliert herzlich! ■



Foto: Chaperon



Foto: Zierhut

Vom Europäischen Parlament gewählt

Jean-Claude Juncker neuer Präsident der Europäischen Kommission

Am 1. November hat Jean-Claude Juncker seine Arbeit als neuer EU-Kommissionspräsident aufgenommen. Deutschland hat erneut Günther Oettinger in die EU-Kommission entsandt, der nun für die Themen Digitale Wirtschaft und Gesellschaft zuständig ist.

Im Vorfeld der Europawahl besuchte er die CDU-Landtagsfraktion in Düsseldorf, die ihn, wie der gesamte Landesverband, von Anfang an unterstützte. Ins Gästebuch der Fraktion schrieb Juncker damals: „Ich kam als Kandidat und komme als Kommissionspräsident wieder.“

Armin Laschet: „Die Einladung steht. Wir freuen uns auf einen Besuch dieses großen Europäers.“ ■

„Unser Paul“ erfolgreich in Inzell

Ziemiak ist neuer Bundesvorsitzender der Jungen Union

Mit über 63 Prozent der Stimmen wurde der JU-Landesvorsitzende Paul Ziemiak auf dem Deutschlandtag Ende September in Inzell zum neuen Vorsitzenden der Jungen Union Deutschlands gewählt. Damit löste der 29-jährige Iserlohner Philipp Mißfelder MdB ab, der über zwölf Jahre lang den rund 120.000 Mitglieder starken Jugendverband führte.

In einer engagierten Bewerbungsrede schwor Ziemiak die über 300 ange-reisten Delegierten auf die Wahl ein. Auch in Zukunft solle die Junge Union Kritik an der Politik von CDU und CSU nicht scheuen, sofern diese konstruktiv gedacht und im Vorfeld von Entscheidungen eingebracht werde, stellte Ziemiak klar. ■



Foto: Zähning



Gäste bekommen nur noch Leitungswasser – NRW-CDU hilft mit 144 Flaschen bis zum Regierungswechsel im Mai 2017 gerne aus

Rot-Grün regiert wie „Flasche leer“

Foto: Rochlitzer

Prickelnde Politik wird in der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen bereits seit einiger Zeit nicht mehr betrieben. Ein Blick auf die vier Niederlagen der rot-grünen Regierung vor dem Verfassungsgerichtshof macht dies mehr als deutlich. Als Folge einer desolaten Haushaltspolitik verhängte Finanzminister Walter-Borjans im Juni eine Haushaltssperre. Seitdem werden Gäste in der Staatskanzlei und den Ministerien nicht mehr mit Kaffee und Mineralwasser versorgt. Sie bekommen, wenn überhaupt, Leitungswasser vorgesetzt.

Mit diesem Tiefpunkt rot-grüner Haushaltspolitik stellt Frau Kraft unserem starken Land ein Armutzeugnis aus. Sie erweckt den Eindruck, ihre Landesregierung, die so viele Steuern einnimmt wie nie, steuere das Land in den Konkurs.

Um von ihrem verfehlten Politikansatz der „präventiven Schuldenpolitik“ abzulenken, will die Ministerpräsidentin uns glauben machen, das Servieren von Leitungswasser würde einen sub-

stanziellen Beitrag zur Einhaltung der Schuldenbremse leisten. Überzeugt hat sie damit niemanden – im Gegenteil: Rot-grünes Leitungswasser ist zum Sinnbild für die Perspektiv- und Hilflosigkeit der Regierung Kraft geworden. Die Ministerpräsidentin verstärkt den Eindruck, es gehe rückwärts. Sie thematisiert Verarmung statt Fortschritt. Was Rot-Grün in Wirklichkeit fehlt, ist der Mut zu strukturellen Einsparungen!

Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land, aber es hat eine schwache Regierung, die den Herausforderungen dieser Zeit nicht gerecht wird.

Generalsekretär Bodo Löttgen hat der Landesregierung Mitte August 144 Flaschen Mineralwasser von der „Haaner Felsenquelle“ zur Verfügung gestellt – eine für jede verbleibende Woche bis zum Regierungswechsel im Mai 2017. Da die Staatskanzlei die Annahme ablehnte, wurden die Wasserkästen der Düsseldorfer Tafel übergeben. ■

Bundesfachausschuss „Landwirtschaft und ländlicher Raum“ nimmt Arbeit auf

Christina Schulze Föcking neue Vorsitzende

Anfang November hat sich der Bundesfachausschuss „Landwirtschaft und ländlicher Raum“ der CDU Deutschlands konstituiert. Zur Vorsitzenden wurde Christina Schulze Föcking MdL gewählt. Sie ist Landwirtin und bewirtschaftet mit ihrem Mann einen mittelständischen landwirtschaftlichen Betrieb in Steinfurt. Die Aufgabe des rund 40-köpfigen Gremiums aus Vertretern der Landesverbände und der Vereinigungen der CDU ist es, Positionen in den Bereichen Landwirtschaft und ländlicher Raum auszuarbeiten. Dabei stehen vor allem Fragen einer zukunftsfähigen Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland im Einklang mit Tierschutz, Umweltschutz und Nachhaltigkeit sowie die Erarbeitung neuer Chancen für die ländlichen Räume im Mittelpunkt. ■



Foto: CDU Deutschlands/Lang



Foto: Shutterstock

27. Parteitag der CDU Deutschlands Die CDU zu Gast in Köln

Am 9. und 10. Dezember findet auf dem Messegelände in Köln der 27. Bundesparteitag der CDU Deutschlands statt. Der Parteitag ist zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung in der größten Stadt Nordrhein-Westfalens zu Gast. 1.001 Delegierte, hunderte Journalisten und zahlreiche Gäste aus ganz Europa werden in diesen Tagen in Köln erwartet.

Nach einem ökumenischen Gottesdienst im Kölner Dom beginnt der Parteitag am Dienstag, 9. Dezember 2014, mit der Plenarsitzung. Direkt am ersten Tag findet die Wahl des Bundesvorstands statt. Außerdem diskutieren die Delegierten in drei Panels, die sich mit den Themen der drei Kommissionen beschäftigen, die der CDU-Bundesvorstand zur inhaltlich-programmatischen Weiterentwicklung der Partei eingesetzt hat. Diese widmen sich zentralen Politikfeldern wie der Zukunft der Arbeit, dem Zusammenhalt der Gesellschaft und einem nachhaltigen Leben. Geleitet werden die Kommissionen von den stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Julia Klöckner, Armin Laschet und Thomas Strobl. Am zweiten Plenartag steht dann die Antragsberatung im Mittelpunkt des Bundesparteitags.

Aktuelle Informationen, Hintergrundberichte und Videos stellt die Online-Redaktion der CDU Deutschlands Ihnen unter www.cdu.de zusammen. So können Sie den Parteitag intensiv mitverfolgen, auch wenn Sie selber nicht in Köln dabei sein können. ■

MIT-Landestagung in Ahaus

Microsoft-Deutschlandchef begrüßt die Digitale Agenda beim CDU-Wirtschaftsflügel

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW (MIT) hat auf ihrer Landesversammlung beim Kommunikations-Spezialisten Tobit Software in Ahaus einen Leitantrag zum Thema Digitalisierung vorgelegt. In diesem wird u. a. gefordert, dass zukünftig die Beleihung von Breitbandnetzen einfacher möglich wird, um Investitionen ins Netz zu erleichtern. Zudem sollen die Regeln für Fonds und Lebensversicherungen verändert werden, um mehr Investitionen in Startups zu ermöglichen, ohne den Anlegerschutz zu vernachlässigen. Gast auf der MIT-Landesversammlung war Dr. Christian P. Illek, Vorsitzender der Geschäftsführung von Microsoft Deutschland. Vor über 400 mittelständischen Unternehmern begrüßte er die Digitale Agenda der Bundesregierung. Sie stecke im Wesentlichen den Rahmen für die Zukunft der Digitalisierung und ihrer großen Chancen ab.

Der MIT-Landesvorsitzende Hendrik Wüst widmete sich in seiner Rede vor allen Dingen dem Thema Breitbandausbau. Das notwen-

dige Geld dafür sei abrufbar, so Wüst: Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW schlägt vor, 10 Prozent der Mittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) in Nordrhein-Westfalen für Investitionen zu verwenden. Dies wäre eine zusätzliche Viertelmilliarde im Zeitraum bis 2020 zum Ausbau der schnellen Netze.

Auch der CDU-Landesvorsitzende Armin Laschet, der in Ahaus zu Gast war, erklärte die Digitalisierung zu einem der entscheidendsten Faktoren für die künftige Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen. „Vor 30 Jahren wurde die erste E-Mail in Deutschland empfangen und wir haben erlebt, wie schnell sich das Leben verändert hat.“ Man brauche eine gesellschaftliche Debatte über die Fragen der Digitalisierung in Deutschland. „Wir dürfen die Industrie 4.0 nicht verschlafen, wir müssen in der 1. Liga spielen“, so Laschet. ■



Laschet trifft

Mauer-Flüchtling Michael Schwerk

Aus Anlass des 25. Jahrestags des Mauerfalls hat Armin Laschet unser Mitglied Michael Schwerk eingeladen, um mit ihm über seine Flucht aus der DDR zu sprechen. Schwerk, der in Sachsen aufwuchs, durfte dort zunächst nicht studieren, sondern musste eine Ausbildung zum Betonbauer absolvieren. Anschließend war er Wehrdienstleistender bei der Bereitschaftspolizei in Wandlitz.

Im November 1966 gelang dem damals 22-Jährigen die Flucht in den Westen. Er ging zum Studium nach Köln, wo er später als Lehrer tätig war und noch immer lebt. Seit seiner Pensionierung berichtet Schwerk noch intensiver als Zeitzeuge von seinem Leben in der DDR und seiner Flucht und besucht viele Schulklassen.

Armin Laschet: Herr Schwerk, vielen Dank, dass Sie mich besuchen und mir Ihre Fluchtgeschichte erzählen wollen. Sie waren damals keine 23 Jahre alt. Was waren Ihre Beweggründe, die Flucht zu wagen?

Michael Schwerk: Das erste Mal ist mir der Gedanke bereits 1963 gekommen. Ich habe mich nicht wohl gefühlt in der DDR. Vor allen Dingen aber wollte ich mich nicht versündigen, indem ich Teil des Systems würde. Mein Ziel war es, Lehrer zu werden. Aber ich konnte mir nicht vorstellen, Lehrer im Sozialismus zu sein.

Hatten Sie denn keine Sorgen oder Angst? Sie wussten doch sicher von den Mauertoten?

Natürlich hatte ich große Angst. Ich habe RIAS Berlin gehört und war somit sehr genau im Bilde über die Todesopfer. Deshalb habe ich mir die Flucht auch gut überlegt. Viele Szenarien sind mir durch den Kopf gegangen, beispielsweise über Russland nach Finnland zu fliehen.

Hatten Sie jemanden in Ihre Fluchtpläne eingeweiht? Ihre Eltern oder Geschwister?

Absolut niemanden. Ich wollte niemanden belasten. Meine Mutter hätte sich ja große Sorgen gemacht. Ebenso wenig wollte ich irgendjemanden der Gefahr des Mitwissens aussetzen.

Sie haben also Ihre Familie verlassen, ohne sich richtig verabschieden zu können und ohne zu wissen, ob Sie sie jemals wiedersehen würden?

So ist es gewesen. Ich hatte nach drei Jahren einen Studienplatz an der „Hochschule für Körperkultur“ in Leipzig bekommen. Das Studium hätte am Tag nach meiner Flucht begonnen. Meine Eltern glaubten, ich führe nach Leipzig. Ich habe mich mit der Gewissheit von ihnen verabschiedet, sie möglicherweise nie wieder zu sehen.

„Hätte man mich erwischt und nicht erschossen, wäre ich für zehn Jahre ins Zuchthaus gekommen.“



Und wie lief dann die Flucht ab?

Als Soldat der Bereitschaftspolizei hatte ich einen Ausweis, der nannte sich „verlängerter Berlin-Ausgang“. Damit durfte ich auch in diejenigen Bereiche Ostberlins, die an der Mauer lagen. Da gab es eine S-Bahnlinie, die quasi durch den Grenzstreifen hindurch an der Bornholmer Straße ganz nah an der Mauer entlang verlief. Ein Kamerad von mir hatte im Frühjahr 1966 volltrunken die Notbremse auf dieser S-Bahnlinie gezogen und so die Bahn zum Halten gebracht. Das war ein Versehen von ihm und mit viel Ärger verbunden. Für mich war es Glück, denn so wurde ich auf diese Stelle aufmerksam, die mir für einen Fluchtversuch günstig erschien. Der Plan, es an dieser Stelle zu versuchen, reifte immer weiter heran, und in der Nacht vom 2. auf den 3. November 1966 habe ich es dann gewagt.

Sie sind auf dieser Bahnlinie gefahren und haben die Notbremse gezogen?

Ja, genau. Ich habe die Notbremse gezogen und die Türen geöffnet. Das ging damals noch während der Fahrt. Noch bevor der Zug zum Halten kam, bin ich rausgesprungen. Ich war ein guter Turner und hatte eine militärische Ausbildung, das war somit kein Problem für mich.

Aber damit war es ja nicht getan. Es wusste dann ja jeder Bescheid, dass Sie auf der Flucht waren?

Allerdings, zumal ich auch einen Signalzaun eingerissen habe, der ein wahres Feuerwerk auslöste. Auch die Grenzwatchen in größerer Entfernung waren somit sofort alarmiert. Das erste Hindernis – einen anderthalb Meter hohen Zaun – habe ich ohne Probleme überwunden. Zwanzig Meter weiter war ein stillgelegter Bahnschacht, in den bin ich hineingesprungen.

Sie sind in einen Bahnschacht gesprungen? War der tief? War das nicht riskant in der Dunkelheit?

Der Schacht war etwa 4,80 Meter tief. Ich bin blind hineingesprungen und hatte großes Glück – mir ist nichts passiert.

„Als ich am Grund des Schachtes landete, realisierte ich, dass ich noch lebte. Aber ich war verzweifelt.“

Aber Sie mussten auf der anderen Seite ja wieder raus aus dem Schacht. Wie überwindet man denn eine 4,80 Meter hohe Mauer?

Die Grenzer der DDR dachten dasselbe, deswegen waren dort keine zusätzlichen Sicherungsmaßnahmen getroffen worden. Ich war verzweifelt und wollte mich schon irgendwo verstecken. Doch ich hatte Glück, die Mauer hatte einen Riss und ein Teil schob sich leicht hervor, ich habe es geschafft, daran hochzuklettern.

Und die Grenzsoldaten? Waren die bereits hinter Ihnen her?

Ein Offizier hat ein „Einstern-Rot“ (Leuchtsignal, Anm. d. Red.) in den Himmel geschossen. Das war das Signal an die Grenzsoldaten: Nicht mehr „Halt, stehen bleiben!“ rufen, sondern sofort schießen. Ich war sozusagen zum Abschuss freigegeben. Aber sie haben mich offensichtlich nicht gesehen, wussten nicht genau, wo ich war.



Gab es hinter dem Bahnschacht noch ein weiteres Hindernis?

Ja, da war noch ein Stacheldrahtzaun. Den habe ich mit den bloßen Händen auseinandergerissen und mich irgendwie hindurchgewunden. Danach war ich im Westen. Dort erfasste mich zum ersten Mal Angst und Ungläubigkeit. Zuvor war ich voll von Adrenalin und quasi in Trance. Ich traute mich dann aber nicht, an der Grenze entlang zu laufen, weil ich wusste, dass die Grenzer auch auf Westgebiet schießen würden. Deshalb bin ich über Hecken und Zäune einer Kleingartenanlage geklettert. An der Bornholmer Straße auf westlicher Seite stand ein Bulli der West-Polizei, die Beamten hatten mitbekommen, dass dort irgendetwas vor sich ging. Als sie mich sahen, zogen sie mich sofort in den Wagen und fuhren mich ins Notaufnahmelager Marienfelde. Erst später erfuhr ich, dass der Leiter des Aufnahmelagers ein IM der Stasi im Westen war.

Bekam Ihre Familie Probleme durch Ihre Flucht?

Ich hatte Verwandtschaft im Westen. Am nächsten Tag habe ich von dort aus meinen Vater angerufen. Ich habe mich als ein Neffe ausgegeben, weil ich ja wusste, dass alles mitgehört wurde. Aber mein Vater hat meine Stimme erkannt und sofort verstanden. Noch am gleichen Tag hat er alles im Haus weggeschafft, was irgendwie verdächtig wirken konnte. Und als am Dienstag die Hochschule anrief und ihm mitteilte, dass ich am Montag nicht erschienen war, tat er verwundert und gab eine Vermisstenanzeige auf. So konnte man ihm keine Mitwisserschaft anhängen, aber das Haus wurde natürlich dennoch durchsucht.

Wie ging es weiter? Wo sind Sie im Westen gelandet?

Ich bin zunächst in Frankfurt bei Verwandten untergekommen. Kirchen und Wohlfahrtsverbände spendierten mir ein paar Klamotten, ich bekam 150 DM Begrüßungsgeld und meine Verwandten unterstützten mich auch.

Was wurde aus Ihrem Ziel, Sportlehrer zu werden?

Mein Berufswunsch hatte sich nicht geändert, und so habe ich noch im November 1966 Kontakt zur Sporthochschule in Köln aufgenom-

men. Der damalige Rektor, Professor Körbs, hat mich sogar persönlich empfangen. Er hat ganz unbürokratisch ermöglicht, dass ich bereits am nächsten Tag die Aufnahmeprüfung ablegen konnte. Das habe ich auch gemacht. Aber da ich weder Unterkunft noch sonst irgendetwas hatte, habe ich erst im Frühjahr 1967 mit dem Studium begonnen.

Konnten Sie Kontakt zu Ihrer Familie halten?

Am Anfang haben wir uns über Deckadressen, über Freunde und Verwandte geschrieben. Später war es einfacher. Durch den Verkehrsvertrag von 1972 zwischen der Bundesrepublik und der DDR wurde ich amnestiert. 1975 bin ich dann das erste Mal wieder in die DDR gefahren und habe meine Familie besucht.

Was? Das hätte ich mich nicht getraut!

Mich hat es auch Überwindung gekostet. Ich hatte Angst, der Stasi in die Falle zu gehen. Deshalb bin ich vorher einige Male im Bundesministerium für innerdeutsche Angelegenheiten gewesen. Dort hat man mir Mut gemacht und beteuert, dass mir nichts passieren würde. Da war die DDR irgendwie konsequent. Dann habe ich es gewagt und konnte tatsächlich ohne Probleme in den Westen zurückkehren. Anschließend bin ich dann ein- bis zweimal im Jahr drüben gewesen. Im Ersatzrad meines Wagens habe ich dann Westpresse wie den Spiegel geschmuggelt.

Wie haben Sie den 9. November 1989 erlebt?

An dem Abend war ich auf einer Versammlung meines CDU-Ortsverbands in Köln-Porz. Irgendwann kam der Wirt und sagte: Die Mauer ist auf.

Was haben Sie gefühlt?

In diesem Augenblick habe ich unglaubliche Freude und die größte Genugtuung verspürt. Doch recht schnell kam auch die Ernüchterung, denn viele strebten nach dem „Dritten Weg“ und wollten einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Ich habe das alles abgelehnt und die Diskussionen als Hohn empfunden.

„Sozialismus und Menschlichkeit haben nichts miteinander gemein.“

Was denken Sie über die Diskussion der letzten Wochen um ein rot-rot-grünes Bündnis in Thüringen und die Wahl eines Linken zum Ministerpräsidenten?

Ganz ehrlich: Da kommt mir die Galle hoch! Ich finde das einfach nur skandalös. Schlimmer geht es kaum. Die Linke steht zu sehr in der Kontinuität der SED. Diese Menschen dürfen nicht in Regierungsverantwortung kommen.

Eine letzte Frage, Herr Schwerk: Sie sind seit 28 Jahren CDU-Mitglied. Was hat Sie bewogen, in unsere Partei einzutreten?

Politisch stand ich der CDU schon immer nahe. Irgendwann hat mich ein Freund gefragt, ob ich nicht Mitglied werden wolle. Seit dem bin ich dabei. Und ich bin darauf sehr stolz.

Wortmeldungen

Grundsatzprogrammprozess der CDU Nordrhein-Westfalen

Regionalkonferenz
der CDU Nordrhein-Westfalen



Wofür steht die CDU Nordrhein-Westfalen?

Foto: Sondermann

Die Frage danach, wofür wir als Christdemokraten in Nordrhein-Westfalen stehen, welche Prinzipien und Grundsätze wir haben, wurde nach der Landtagswahl 2012 innerhalb wie außerhalb der Partei oftmals gestellt. Für viele Mitglieder, Wähler und Freunde der CDU Nordrhein-Westfalen schien dies nicht eindeutig klar zu sein. Aus diesem Grund haben wir uns vor knapp zwei Jahren auf den Weg der Selbstvergewisserung gemacht. Offen und ehrlich setzen wir uns seitdem mit unseren Grundüberzeugungen und Werthaltungen auseinander.

Alle Mitglieder der CDU Nordrhein-Westfalen sind herzlich eingeladen, an diesem Dialogprozess teilzunehmen. Schreiben auch Sie mit am Grundsatzprogramm der CDU Nordrhein-Westfalen: „Aufstieg, Sicherheit, Perspektive – Das Nordrhein-Westfalen-Programm“!

Welches Politikfeld interessiert Sie besonders?

Die Bildungspolitik, der Bereich Wirtschaft oder vielleicht doch eher Familie und Generationen? Der Gliederungsentwurf für das Grundsatzprogramm der CDU Nordrhein-Westfalen deckt alle politischen Bereiche ab. Sämtliche Interessenbereiche und Handlungsfelder werden somit angesprochen. Sie sind herzlich eingeladen, an den Punkten, die für Sie wichtig sind, mitzuwirken.

Wie kann ich im Grundsatzprogrammprozess mitwirken?

Es gibt viele verschiedene Möglichkeiten, sich in den Grundsatzprogrammprozess einzubringen. Das einfachste ist, Sie

schreiben uns einen Brief oder eine E-Mail (CDU Nordrhein-Westfalen, Grundsatzprogramm, Wasserstraße 6, 40213 Düsseldorf – grundsatzprogramm@cdu-nrw.de). Hierbei gibt es keinerlei Vorgaben. Sie können uns die Dinge schreiben, die Ihnen am Herzen liegen und wir werden Sie in der Ausarbeitung des Programms berücksichtigen.

Gibt es bereits erste Textentwürfe?

In den vergangenen Monaten haben zahlreiche Akteure aus der Landespartei an den verschiedenen Themen des Grundsatzprogramms gearbeitet. Die Textentwürfe stehen im Mitgliedernetz der CDU unter www.cduplus.de zur Verfügung. Sie können sich dort mit Ihrer CDU-Mitgliedsnummer registrieren und anschließend an den Texten mitarbeiten. Zu jedem Kapitel haben wir ein CDU-Pad (Etherpad) erstellt. Das heißt, Sie können in jedem Dokument in Echtzeit mitarbeiten. Ihre Ergänzungen oder Änderungen sind sofort für alle anderen Nutzer sichtbar. Wie das genau funktioniert, erklären wir auf Seite 12.

Kann ich auch jenseits des Internets an den Texten mitarbeiten?

Gerne stellen wir Ihnen die Textentwürfe zu den Politikfeldern, die Sie interessieren, gerne auch per E-Mail, Fax oder Post zur Verfügung und freuen uns anschließend auf Ihre Anregungen. Rufen Sie uns einfach an oder schicken Sie uns eine E-Mail mit den Politikbereichen, die für Sie von Interesse sind (Dr. Stephan Terhorst, 0211/13600-20, stephan.terhorst@cdu-nrw.de).

Können wir als Orts-, Stadtbezirks- oder Kreisverband am Grundsatzprogramm mitwirken?

Natürlich können Sie sich auch auf Orts-, Stadtbezirks- oder Kreisverbandsebene mit dem Grundsatzprogramm der CDU Nordrhein-Westfalen befassen und dazu beispielsweise Arbeitskreise oder Diskussionsrunden bilden. Die Landesgeschäftsstelle nimmt die Ergebnisse Ihrer Arbeit mit großer Aufmerksamkeit entgegen. Dr. Guido Hitze, Abteilungsleiter Politik in der Landesgeschäftsstelle, ist auch gerne bereit, bei Veranstaltungen als Referent mitzuwirken (Terminabsprache über Sandra Lietz: 0211/13600-13).

Wie geht es weiter mit dem Grundsatzprogrammprozess?

Bis zum Ende des Jahres wird die Landesgeschäftsstelle aus allen Textentwürfen, die im Internet eingestellt oder uns zugesandt wurden, einen ersten Gesamtentwurf für das Grundsatzprogramm erarbeiten. Diesen Entwurf machen wir selbstverständlich wieder allen Mitgliedern und Gliederungen der CDU Nordrhein-Westfalen zugänglich.

Gibt es eine Abschlussdiskussion?

Im März 2015 wird es einen großen Abschlusskongress geben. Alle Mitglieder der CDU Nordrhein-Westfalen sind eingeladen, hieran teilzunehmen. Auf dem Kongress werden wir den Programmentwurf nochmals intensiv beraten und diskutieren.

Wann wird das Grundsatzprogramm beschlossen?

Nach dem Abschlusskongress wird die Landesgeschäftsstelle aus dem Programmentwurf und den Ergebnissen des Kongresses einen Leitantrag für den 37. Landesparteitag erarbeiten.

Der Leitantrag durchläuft anschließend das normale Antragsverfahren, in dem noch einmal alle Mitglieder und Gliederungen der CDU Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit haben, Änderungsvorschläge einzubringen. Übrigens, wie auch im Vorfeld des vergangenen Parteitags, auch online in CDUplus.

Auf dem 37. Landesparteitag im Juni 2015 wird das Grundsatzprogramm dann abschließend diskutiert und beschlossen. ■

Ihre Ansprechpartner in der Landesgeschäftsstelle:

👤 Dr. Guido Hitze

☎ Telefon 0211/13600-13

📠 Fax 0211/13600-15

✉ guido.hitze@cdu-nrw.de

👤 Dr. Stephan Terhorst

☎ Telefon 0211/13600-20

📠 Fax 0211/13600-15

✉ stephan.terhorst@cdu-nrw.de

Grundsatzprogrammprozess

Zeitplan bis 2015

ab Anfang 2015

Programmentwurf kann in CDUplus bearbeitet werden; Landesgeschäftsstelle nimmt Anregungen, Ideen, Kommentare entgegen

bis ca. Mitte März 2015

Ausarbeitung des Grundsatzprogramms als Leitantrag für den 37. Landesparteitag

13. Juni 2015

37. Landesparteitag, Verabschiedung der Grundsätze der CDU Nordrhein-Westfalen

bis Ende 2014

Erarbeitung eines ersten Programmentwurfs durch die Landesgeschäftsstelle

14. März 2015

Abschlusskongress zur Grundsatzprogrammdiskussion der CDU Nordrhein-Westfalen

ab 2 Monate vor dem Parteitag

Antragsberatung: Übersendung des Leitantrags und Beratung in den Gliederungen

So bearbeiten Sie einen Text in CDUplus

Beispiel: Textentwurf zum christlichen Menschenbild

Im Mitgliedernetz der CDU Nordrhein-Westfalen finden Sie unsere Textentwürfe zum Grundsatzprogrammprozess. Melden Sie sich dafür auf www.cduplus.de mit Ihrer Mitgliedsnummer an. Wählen Sie dann im Menü den Punkt „Landesverband“ und dann „Grundsatzprogrammprozess“. Dort finden Sie dann ein sogenanntes Etherpad, mit dessen Hilfe Sie direkt am von uns eingestellten Text arbeiten können – Sie können Text hinzufügen, Sätze umformulieren oder Teile entfernen. Alle Änderungen sind nachvollziehbar und – durch eine bestimmte Farbe – einzelnen Nutzern zuzuordnen.

Unten finden Sie unseren Textentwurf zum christlichen Menschenbild – der wichtigsten programmatischen Grundlage unserer Partei. Teilen Sie den Inhalt dieses Entwurfes? Was sehen Sie anders? Wo sollte etwas ergänzt, gestrichen oder verändert werden?

Ändern Sie den Textentwurf jetzt in CDUplus – oder schicken Sie uns Ihre Änderungsvorschläge oder rufen Sie uns an (grundsatzprogramm@cdu-nrw.de – 0211/13600-20). Wir freuen uns auf Ihre Beiträge! ■

1 I.1 Das christliche Menschenbild

2

3 Ausgangs- und Orientierungspunkt christdemokratischer Politik ist das christliche Menschenbild. Dieses Verständnis

4 vom Menschen basiert zugleich auf christlichen Glaubensüberzeugungen wie auch auf den Traditionen christlich-jü-

5 disch-abendländischer, also europäischer Kultur.

6

7 Wir Christdemokraten sehen jeden Menschen sowohl als Individuum als auch Teil der Gemeinschaft. Erst beides zu-

8 sammen macht den Menschen zur einmaligen und unverfügbaren Person. Aus diesem Prinzip der Personalität bezieht

9 der Mensch seine universelle, unantastbare und unveräußerliche Würde. Sie ist Teil eines jeden Menschen, unabhän-

10 gig von seinem Geschlecht, seinem Glauben, seiner Herkunft, seinem Alter, seiner sexuellen Orientierung, seinen

11 Talenten oder Beschränkungen, seiner Leistungsfähigkeit, seinem Erfolg oder Misserfolg. Die Unantastbarkeit der

12 Würde gilt auch für das ungeborene Leben. Diese Universalität der menschlichen Würde lässt sich aus dem Glauben

13 heraus, aus der Gotteskindschaft aller Menschen begründen. Sie ist aber auch unabhängig vom Glauben durch und

14 durch vernünftig und entspricht somit auch den Wertvorstellungen von Andersgläubigen, Agnostikern und Atheisten.

15

16 In der Würde des Menschen begründet sich sein Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Die Freiheit eröff-

17 net die Möglichkeit zu sittlichem Entscheiden. Dabei steht er in der Verantwortung vor Gott und seinem Gewissen.

18 Uns ist jedoch klar, dass ein jeder Schuld und Irrtum ausgesetzt ist. Diese Einsicht ist wichtig, denn sie zeigt uns die

19 Grenzen menschlicher Planungs- und Gestaltungsmöglichkeiten auf und bewahrt uns vor ideologischen Heilsver-

20 sprechen und einem totalitären Politikverständnis.

21

22 Wir Christdemokraten erkennen den Menschen als vernunftbegabt, jedoch von Natur aus unvollkommen. Das

23 Wissen um unsere Unvollkommenheit mahnt uns stets zu Versöhnung bereit zu sein. Die Einzigartigkeit eines jeden

24 Menschen bedingt eine natürliche Verschiedenheit von Profilen und Begabungen. Wir Christdemokraten nehmen

25 die Unterschiedlichkeit der Menschen als natürliche Gegebenheit an und streben danach, jeden in seinen individu-

26 ellen Stärken und Begabungen zu fördern. Uns ist bewusst, dass diese Verschiedenheit unweigerlich zu Ungleichheit

27 führt. Wir wollen diese Ungleichheit nicht negieren, sie darf jedoch niemals zu Benachteiligung oder Diskriminierung

28 führen.

29

30 Wir verstehen den Menschen als Teil der Schöpfung und empfinden das Leben als Geschenk. In der Verantwortung

31 vor Gott und den nach uns folgenden Generationen fühlen wir uns verantwortlich für den Erhalt der Schöpfung.

32 Es steht uns nicht zu, frei und grenzenlos über sie zu verfügen, sie ist uns vielmehr zur Gestaltung und Bewahrung

33 anvertraut.



Damit Kinder eine gute Zukunft haben: Neue Spielräume für die künftigen Generationen will die CDU-Landtagsfraktion schaffen. Mit einer weitsichtigen Wirtschaftspolitik und einer umsichtigen Finanzpolitik wollen wir die Voraussetzung schaffen, damit alle gute Chancen haben.

LANDTAG aktuell

Chancen für alle: Zukunft der Kinder im Mittelpunkt

Kinder stehen im Zentrum unserer Politik. Wir beschränken uns aber nicht allein darauf, staatliche Betreuung zu organisieren. Heute werden die Grundsteine gesetzt, damit nachfolgende Generationen alle Chancen haben.

Gute Kinderbetreuung ist die Basis. Wir machen keinem Vorschriften, wie er zu leben hat. Unser Leitbild ist nicht, dass alle Unterdreijährigen in einer staatlichen Einrichtung betreut werden müssen. Väter und Mütter wissen selbst am besten, was gut ist für ihr Kind. Aber Wahlfreiheit gibt es nur dann, wenn genügend Betreuungsplätze da sind.

Schule schafft die Voraussetzungen für die weitere Bildungskarriere. Vielfalt ist wichtiger als Einheitsbrei. Und: Unterricht darf nicht nur auf dem Stundenplan stehen, er muss auch gegeben werden. Der viel zu hohe Unterrichtsausfall raubt Chancen.

Ideologie ist immer fehl am Platz, wenn es um unsere Kinder geht. Das rot-grüne „Hochschulzukunftsgesetz“, das die Hochschulen wieder an die Kandarre nimmt, ist der falsche Weg. Mehr Freiheit ist der Schlüssel für Entfaltung und bessere Chancen. In dieser Ausgabe von LANDTAGaktuell berichten wir über unsere Konzepte und Ideen.

LANDTAG aktuell:

Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten. Auf den folgenden Seiten finden Sie Vorhaben, Anträge und Initiativen zum Schwerpunkt „Politik für unsere Kinder“.

ZUKUNFT FÜR KINDER: AUFSTIEGSCHANCEN

BAföG-Mittel in die Zukunft des Landes investieren

Durch die Übernahme der Finanzierung des BAföG durch den Bund werden in Nordrhein-Westfalen Finanzmittel von jährlich 279 Millionen Euro frei. Diese Mittel sollen laut Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und SPD im Bund für dringend notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungsqualität im Bereich Schule und Hochschule eingesetzt werden.

Für die CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen steht fest: „Diese Mittel dürfen nicht herhalten für Reparaturarbeiten an

einer verfehlten Haushalts- und Finanzpolitik, sondern müssen wie vorgesehen in die Zukunft unseres Landes investiert werden“, erläutert CDU-Fraktionsvorsitzender Armin Laschet das Konzept für eine zukunftsorientierte Verwendung der Mittel.

Es kommt jedoch so, wie von uns befürchtet: Die zusätzlichen Mittel werden zum Stopfen von Haushaltslöchern genutzt. Die werden immer mehr und immer größer – zum Schaden künftiger Generationen.



BILDUNG: Die Verbesserung der Bildungsqualität hat die „Große Koalition“ im Bund festgeschrieben. Die freiwerdenden BAföG-Mittel sollen dafür aufgewendet werden.

Ausbau der Masterstudienplatzkapazität (85 Mio. Euro jährlich)

Experten gehen davon aus, dass die notwendigen Plätze im Bereich der Masterstudien zu knapp berechnet wurden. Dabei wollen 85 Prozent der Bachelorabsolventen nach ihrem ersten Abschluss ein Masterstudium machen. Die Folge: 2016 fehlen bundesweit rund 36.000 Master-Studi- enplätze. Wir wollen durch den Ausbau der hiesigen Platzkapazitäten dem absehbaren Mangel begegnen.

Das CDU-Konzept: 120 Mio. Euro für die Hochschulen

zu einer regional ausgewogenen Versorgung mit Medizinern zu leisten, wollen wir die Medizinische Fakultät in Ostwestfalen einrichten. Für die Einrichtung der Medizinischen Fakultät werden ein jährliches Mietbudget von 5 Mio. Euro sowie eine Betriebskostenpauschale von 20 Mio. Euro als Anschubfinanzierung bereitgestellt.

Stärkung des Rückkehrerprogramms des wissenschaftlichen Spitzennachwuchses aus dem Ausland (10 Mio. Euro jährlich)

Im Jahr 2007 wurde damit begonnen, die Rückkehr des hoch qualifizierten Forschungsnachwuchses aus dem Ausland nach Nordrhein-Westfalen gezielt zu fördern. Wissenschaftler können sich die Universität innerhalb Nordrhein-Westfalens frei aussuchen. Die maximale Förderdauer pro Gruppe betrug in der Vergangenheit fünf Jahre. Mit der Aufstockung des Programms wollen wir nicht nur die Zahl der Gruppen, sondern insbesondere auch die Förderdauer ausdehnen. Spitzenforschung muss in Nordrhein-Westfalen einen festen Platz haben.



Fraktionsvorsitzender Armin Laschet stellt das CDU-Konzept gemeinsam mit den Sprechern Petra Vogt (Schule) und Dr. Stefan Berger (Hochschule) vor.

Anschubfinanzierung der medizinischen Fakultät OWL (25 Mio. Euro jährlich)

Wegen zunehmend schlechteren Ärzteversorgung im ländlichen Raum ist es notwendig, die Zahl der Medizinstudi- enplätze auszubauen. Um einen Beitrag



**Stärkung der Schulsozialarbeit
(100 Mio. Euro jährlich)**

Schulsozialarbeiter schaffen Raum für die Kernaufgabe an den Schulen in Nordrhein-Westfalen, für das Unterrichten. Die Finanzierung ist Ländersache, nachdem der Bund die Anschubmittel bereitgestellt hat. Ihr Einsatz hat sich in den Schulen besonders bewährt, die aufgrund der Zusammensetzung ihrer Schülerschaft besonders intensive pädagogische Arbeit leisten müssen, wie zum Beispiel in sozialen Brennpunktregionen.

**Digitale Bildung in den Grundschulen
(35 Mio. Euro jährlich)**

Digitale Medien gehören heute zur Lebenswirklichkeit junger Menschen. Medienkompetenz ist eine Schlüsselqualifikation. Daher wollen wir schon in der Grundschule intensiver beginnen, unsere Schüler dabei zu stärken. Der Einsatz vor allem digitaler Medien soll das Erreichen der Lernziele ergänzen. Dafür sollen bestehende Programme zur Förderung der Medienkompetenz evaluiert werden. Wir brauchen fächerübergreifende Mediencurricula und wollen ein Medienbildungsportal für digitales Lehren und Lernen aufbauen. In Kooperation mit den Kommu-

nen soll die Landesregierung darüber hinaus den derzeitigen Ausbildungsstand der Grundschulen ermitteln und Mindeststandards für eine solche Ausstattung definieren.

**Stärkung der Lehrerfortbildung
(15 Mio. Euro jährlich)**

Fortbildung liegt hauptsächlich in Landesregie. Zur Stärkung der Eigenständigkeit wollen wir den Schulen ein jährliches Fortbildungsbudget zur Verfügung stellen, das sie in Eigenverantwortung einsetzen können. So können unsere Lehrer auf die Herausforderungen der Inklusion vorbereitet werden.

**Das CDU-Konzept:
160 Mio. Euro
für die Schulen**

**Anerkennung der Schulleitungen
(10 Mio. Euro jährlich)**

Der Mangel an Bewerbern für Rektorenstellen an den Grundschulen ist eklatant. Flächendeckend sind sie unbesetzt. Gleichzeitig definiert Rot-Grün immer neue Aufgaben für die Schulleitungen. Die Verantwortung der Schulleitungen wird immer größer und muss anerkannt werden. Deshalb wollen wir die Besoldung von Schulleitern an kleinen Schulsystemen erhöhen (Schulleiter mindestens A 14, Konrektoren mindestens A 13).

**EINSATZ GEGEN DEN
UNTERRICHTSAUSFALL:**
Ihre Hinweise zum Unterrichtsausfall richten Sie bitte an: ihr-hinweis@cdu-nrw-fraktion.de

ZUKUNFT FÜR KINDER: KINDERTAGESBETREUUNG

Mehr Betreuungsqualität für unsere Kinder

Holger Müller
ist sport-
politischer
Sprecher



FIT DURCH SPORT:

Ein wichtiges sport-politisches Ziel der CDU-Fraktion ist es, Kinder für Sport zu begeistern, ihre individuellen Fähigkeiten und dadurch auch Sporttalente zu erkennen. Möglichst allen Kindern soll Bewegungsfreude und Freude an Sport vermittelt werden. Eine gute Möglichkeit dafür bietet die flächendeckende Einführung des „Sport-motorischen Tests“ an Grundschulen. Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich für eine sofortige flächendeckende Einführung der motorischen Tests ein.

Für die CDU ist gute Förderung deutlich mehr als nur gute Betreuung. Eine Politik, bei der tatsächlich "Kein Kind zurückgelassen" wird, muss in erster Linie das Kindeswohl im Auge haben. Was dem Kind gut tut, muss in den Mittelpunkt der Betrachtungsweise rücken. Das setzt natürlich auch eine entsprechende Prioritätensetzung in der Familienpolitik voraus.

Spätestens seit Einführung der Beitragsfreiheit im letzten Kitajahr ist klar: Eine kostenlose Kita ist nicht zwangsläufig eine gute Kita! Die Rahmenbedingungen haben sich vielerorts verschlechtert. So sind nach wie vor zu viele Kinder in Provisorien untergebracht oder in Kita-Gruppen, die im Zuge des Platzausbaus vergrößert worden sind. Die Folgen: Es ist im Kita-Alltag lauter, es herrscht mehr Unruhe, insgesamt steht immer mehr Kindern immer weniger Fläche zur Verfügung. Zudem ist zu wenig Fachpersonal in den Einrichtungen bzw. es lässt sich kaum noch qualifiziertes Personal finden – dies bestätigt im Übrigen auch die Bertelsmann-Stiftung in einer aktuellen Studie. Ein Minus an Qualität bedeutet auch die rot-grüne Umstellung der Sprachförderung. So hängt die künftige Förderung vom geografischen Standort der Kita ab und nicht mehr vom individuellen Bedarf des Kindes. Damit werden die Startchancen der Kinder leichtfertig verspielt.

Wir müssen heute die Weichen dafür stellen, dass unsere Kinder in der Zukunft ihre Potenziale entwickeln und entfalten können. Deshalb spricht sich die CDU für eine deutlichere Steigerung der Betreuungsqualität aus. Grundlegende Säule guter Frühförderung ist eine ausreichende und sichere Finanzierung. Eine Dynamisierung der Kindpauschalen, so

wie es die CDU bereits in einem Antrag (Drs. 16/4577) gefordert hat, wäre deutlich drängender, effektiver und sinnvoller gewesen, als nur punktuelle Mittelaufstockungen durch Sonderförderungen von Rot-Grün. Auch aus Sicht der Experten hätte eine Erhöhung der Kindpauschale Vorrang vor allen anderen Revisionsritten haben müssen, um die finanzielle Auskömmlichkeit der Kindertageseinrichtungen zukunftsfähig abzusichern.

Auf dem Weg zu mehr Qualität setzt sich die CDU für deutlich mehr Zeit für die pädagogische Arbeit am Kind ein. Es ist falsch, wenn Erzieherinnen mancherorts nahezu die Hälfte der tatsächlichen Arbeitszeit für wachsende Verwaltungsaufgaben, Aufräumarbeiten, Dokumentationen, Elterngespräche etc. aufbringen müssen. Insbesondere die von der Landesregierung angepeilten differenzierten Bezuschussungen – sei es für sogenannte plusKitas, die Sprachförderung, die Verfügungspauschalen oder die bereits im Jahr 2011 eingeführte zusätzliche U3-Pauschale – führen zwangsläufig zu einem erheblichen Mehraufwand. Die Beteiligten – insbesondere Kommunen und Träger – fühlen sich mit der daraus entstehenden Last in der praktischen Umsetzung alleingelassen. Es entsteht ein Verwaltungsmehraufwand, der mit entsprechendem Personalmehraufwand einhergeht. Dies ist aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion nicht hinnehmbar.



Bernhard Tenhumberg ist familienpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Seit 1995 gehört der Vredener dem Landtag direkt gewählt an.



Ein Beispiel für die undurchdachte Finanzpolitik von Rot-Grün: Die Lohnpolitik bei den Beamten. Heftiger Protest war die Folge.

ZUKUNFT FÜR KINDER: SOLIDE HAUSHALTPOLITIK

Rot-Grün fährt das Land gegen die Wand

Im Landtag wird derzeit der Haushalt für das kommende Jahr und die Korrekturen am Haushalt des laufenden Jahres beraten. Rot-Grün musste eingestehen, dass die Neuverschuldung allein für dieses Jahr auf über drei Milliarden Euro steigt. Die Gesamtverschuldung liegt inzwischen bei 140 Milliarden Euro. Während elf Bundesländer Schulden tilgen, ist Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen weiterhin Spitzenreiter im Schuldenmachen.

Die sogenannte „präventive Finanzpolitik“ der Regierung Kraft hat im Ergebnis doppelt versagt: Die Finanzlage ist katastrophal. Gleichzeitig leidet Nordrhein-Westfalen ausweislich sämtlicher Erhebungen – wie beispielsweise dem Bildungsmonitor – unter einer schlechten Bildungs- und Sozialpolitik.

Während Rot-Grün sich trotz dieser Zahlen beharrlich weigert, der Realität in die Augen zu schauen und tragfähige Konzepte zu den zentralen Herausforderungen für unser Land vorzulegen, hat die CDU-Landtagsfraktion

eine ungeschminkte Bestandsaufnahme vorgelegt.

Rot-Grün setzt auf den Staat, weil sie davon ausgehen, dass er alles am besten regeln kann. Die CDU-Landtagsfraktion vertraut auf den Bürger. Rot-Grün versucht mit immer mehr Regulierung zu verteilen, was da ist. Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich für Freiräume ein, um Wachstum zu erreichen und so überhaupt erst politische Spielräume zu schaffen.

Diese unterschiedlichen Herangehensweisen bilden sich auch in den Haushaltsberatungen ab. Die CDU-Landtagsfraktion hat daher vorgeschlagen, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Hierzu brauchen wir einen Politikwechsel:

- Innovation statt Bürokratie
- Wachstum statt Stillstand
- neue Ideen statt alter Konzepte

Kurzum: Unser Land braucht einen neuen Aufbruch – dazu ist die CDU-Landtagsfraktion bereit.



VIDEO: Die Sprecherinnen und Sprecher der CDU-Landtagsfraktion stellen sich regelmäßig dem Video-Interview auf dem Youtube-Kanal (CDUfraktionNRW). Hier erläutert der finanzpolitische Sprecher, Marcus Optendrenk, seine Vorschläge zum Haushalt.



FLÜCHTLINGSPOLITIK

Landesregierung muss ihrer Verantwortung nachkommen



Serap Güler
ist integrations-
politische
Sprecherin



ZUWANDERUNG GESTALTEN:

Zurzeit kommen so viele Zuwanderer nach Deutschland, wie lange nicht mehr. Was Unternehmen oftmals begrüßen, stellt für viele Kommunen eine gewaltige Aufgabe dar. Denn insbesondere Flüchtlinge und Asylbewerber brauchen zunächst einmal Hilfe. Mit dem Asylkompromiss, der im September vereinbart wurde, konzentrieren wir uns auf die Flüchtlinge, die am bedürftigsten sind. Für Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, wird es so einfacher, für sich und ihre Familien selbst zu sorgen.

Das Bild bleibt in den Köpfen: Ein Sicherheitsbeamter, der seinen Stiefel in den Nacken eines Flüchtlings stellt. Seit dem Bekanntwerden der Misshandlungen von Flüchtlingen in nordrhein-westfälischen Flüchtlingsunterkünften hört die Debatte um die Situation der Flüchtlinge in unserem Land nicht auf.

Das sich etwas bessern muss, ist klar. Doch wie kann man den Schutzsuchenden helfen? Die CDU-Fraktion hat dafür einen 15-Punkte-Plan entworfen, der zumindest Minimalstandards bei Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen sicherstellen soll.

„Die Willkommenskultur, die wir einmal in Nordrhein-Westfalen mit viel Engagement ausgestaltet haben, darf nicht durch die skandalösen Vorkommnisse in Flüchtlingsunterkünften und das dadurch zutage getretene Organisationsversagen Schaden nehmen“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende Armin Laschet bei der Vorstellung des Plans im Vorfeld des Flüchtlingsgipfels Ende Oktober in Essen. Vertreter aus Politik, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden diskutierten dort

über konkrete Schritte, die Situation der Flüchtlinge zu verbessern.

„Ich freue mich sehr, dass so viele Punkte aus unserem Sofortprogramm gemeinsam beschlossen worden sind“, betonte Laschet nach dem Gipfel. Dazu zählt unter anderem die Erhöhung des Landesanteils bei der Erstattung der in den Kommunen anfallenden Kosten, eine der Kernforderungen des Sofortprogramms.

Bisher sind die Kommunen in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu denen in anderen Ländern ungleich höher belastet, da sie finanziell in geringerem Maße unterstützt werden. Auch die Einrichtung eines Härtefallfonds zur Unterstützung der Kommunen bei der Erstattung der Krankheitskosten von Flüchtlingen ist ein konkreter Schritt, die Kommunen zu entlasten.

Unverständlich bleibe jedoch, warum die Landesregierung einen „Heim-TÜV“ für Flüchtlingsheime abgelehnt hat, wie er schon seit 2010 in Sachsen existiert. Kritik äußerte Laschet auch am Plan der Landesregierung, das Beschwerdewesen in den Flüchtlingsheimen weiterhin dezentral zu organisieren: „Ein dezentrales Beschwerdemanagement hat schon in der Vergangenheit nicht funktioniert. Das zeigen die dramatischen Ereignisse in den Flüchtlingsunterkünften.“

Mit Blick auf die Zukunft nimmt Laschet die Landesregierung in die Pflicht: „Wir werden nun sehr genau hinschauen, wie das, was an Unterstützung für die Flüchtlinge zugesagt wurde, konkret umgesetzt wird.“ Die CDU-Landtagsfraktion werde sich auf ihren Auftrag als Opposition konzentrieren: Kontrolle, Kritik und Konzepte.

INNERE SICHERHEIT

Unter Rot-Grün: Mehr als dreimal so viele Salafisten

Das Auftreten der „Scharia-Polizei“ in Wuppertal hat deutlich gemacht, dass die rot-grüne Landesregierung der Ausbreitung salafistischer Strukturen zunehmend hilflos gegenübersteht.

Seit dem Amtsantritt von Innenminister Jäger hat sich das Personenpotenzial der Salafisten in Nordrhein-Westfalen mehr als verdreifacht. Während der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2011 noch von 500 Salafisten ausging, zählen die Verfassungsschützer aktuell bereits 1.800 Salafisten in NRW. Zudem sind in unserem Bundesland inzwischen 40 salafistische Netzwerke aktiv. Hinzu kommt, dass die Salafisten-Szene in NRW zunehmend in Bewegung gerät. Wie Minister Jäger Ende August mitteilte, sind seit 2012 rund 130 Salafisten aus Nordrhein-Westfalen in Richtung Syrien gereist, um sich dort am Dschihad zu beteiligen. 28 von ihnen sind inzwischen wieder zurückgekehrt. Diese Personen haben Kriegserfahrung gesammelt, sind an Waffen geschult worden und haben sich ideologisch weiter radikalisiert. Bei ihnen handelt es sich im wahrsten Sinne des Wortes um „tickende Zeitbomben“.

Unter rot-grüner Regierungsverantwortung hat sich unser Bundesland damit nicht nur zu einer regelrechten Wohlfühlzone für Salafisten entwickelt, sondern ist zum bundesweiten Spitzenreiter im Im- und Export von Gotteskriegeren aufgestiegen. Die CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen fordert aus diesem Grund eine härtere Gangart gegenüber Salafisten. Bei den Salafisten, die in ausländische Dschihad-Gebiete reisen, um sich dort islamistischen Terror-



milizen anzuschließen, handelt es sich in der Mehrzahl um deutsche Konvertiten. Der Bundesgesetzgeber sollte deshalb darüber nachdenken, wie diese Reiseaktivitäten in Zukunft unterbunden werden können.

Staatsbürgerschaft auf den Prüfstand stellen

Zusammenhang dafür aus, das Staatsangehörigkeitsgesetz weiterzuentwickeln. Nach dieser Vorschrift geht die deutsche Staatsangehörigkeit schon heute verloren, wenn man sich als Deutscher – ohne Zustimmung des Verteidigungsministeriums – ausländischen Streitkräften anschließt. Die CDU-Landtagsfraktion ist der Auffassung, dass dieser Automatismus künftig auch dann greifen sollte, wenn deutsche Staatsangehörige sich einer ausländischen Bürgerkriegspartei oder Terrormiliz anschließen. Auf diese Weise könnte die Rückkehr entsprechender Personen nach Deutschland effektiv unterbunden werden.



Theo Kruse ist der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion. Der erfahrene Sauerländer aus Olpe gehört dem Landtag bereits seit 1995 an.



INNENMINISTER REDET SICH REALITÄT SCHÖN:

Die Gewalt von Rechten und Hooligans bei einer Demonstration in Köln hat viele Menschen fassungslos gemacht. 49 verletzte Polizisten, eingeschlagene Glastüren und geplünderte Geschäfte sind das traurige Ergebnis dieses verheerenden Nachmittags. „Die Schönrederei von Innenminister Jäger passt wieder einmal nicht zur Realität in seinem Zuständigkeitsbereich“, sagte der CDU-Fraktionschef Armin Laschet. Die CDU-Landtagsfraktion machte dieses weitere Organisationsversagen des Innenministers zum Thema im Landtag.

VERKEHRSPOLITIK

Unser Land braucht eine Kehrtwende

Ilka von Boeselager
ist Sprecherin
Eine-Welt-
Politik



NEUE IMPULSE:

Entwicklungspolitik aus
Nordrhein-Westfalen?

Für viele dürfte dies eine
wenig bekannte Facette
der Landespolitik sein.

Dabei ist unser Land
der Standort wichtiger
UN-Organisationen.

19 Einrichtungen der
Vereinten Nationen haben
sich in Bonn angesiedelt.

In Gesprächen mit Rupert
Neudeck, dem Gründer
des gemeinnützigen Ver-
eins „Cap Anamur – Deut-
sche Not-Ärzte e.V.“ mit
Sitz in Köln, und anderen

Experten hat die CDU-
Landtagsfraktion damit
begonnen, neue Impulse

für die Entwick-
lungspolitik zu erarbeiten.

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist eine wichtige Voraussetzung für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. Seit Rot-Grün regiert, ist die Verkehrspolitik ein Standortnachteil. Die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur werden vernachlässigt, trotz höchster Steuereinnahmen.

Nordrhein-Westfalen war auch im Jahr 2013 wieder Stauland Nummer Eins. Und dennoch mussten 42 Millionen Euro an den Bund zurückgegeben werden, weil die vom Land zu finanzierenden Planungen für Bundesfernstraßen fehlten. Es ist zu befürchten, dass Verkehrsminister Groschek auch in diesem Jahr die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel nicht verbauen kann, weil es an rechtskräftigen Planungen mangelt. Trotzdem schreckt der nordrhein-westfälische Verkehrsminister nicht davor zurück, zusätzliche Milliarden vom Bund für den Straßenbau einzufordern. Angesichts der Tatsache, dass das Land Nordrhein-Westfalen noch nicht einmal die ihm zustehenden Bundesmittel verbauen kann, sind diese Forderungen mehr als dreist.

für den Landesstraßenbau zu verstärken, werden Sozialtickets finanziert. Auch im Jahr 2015 bleiben die Ausgaben für Landesstraßen immer noch deutlich unter den Investitionen der CDU-geführten Landesregierung zurück. Die dritte verkehrspolitische Sünde war die Weigerung, Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) für den Bundesfernstraßenbau zu akzeptieren. Das Bundesverkehrsministerium hatte schon in der letzten Wahlperiode angeboten, den sechsspurigen Ausbau der A1 zwischen Münster und Osnabrück über ein ÖPP-Modell zu finanzieren. Dies hatte die rot-grüne Landesregierung nicht gewollt und die Planungen dafür wurden nur schleppend vorangetrieben.

Nun gilt es, die Streichliste aus dem Jahr 2011 für den Bundesfernstraßenbau zurückzunehmen und schrittweise eine Planungsreserve von 1 Milliarde Euro aufzubauen, so dass alle regulären Bundesmittel abgerufen werden können sowie darüber hinaus Mittel aus anderen Bundesländern. Diese Planungsreserve muss die Sanierung und den Ersatzbau von Brücken, große Unterhaltungs- und Ausbaumaßnahmen und Netzergänzungen umfassen. Darüber hinaus müssen zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten wie ÖPP-Modelle geprüft werden. Nach über vier Jahren rot-grüner Regierung ist es höchste Zeit für eine Wende in der Verkehrspolitik.



Wie ist es überhaupt zu dieser verkehrspolitischen Krise gekommen? Schuld sind vor allem drei gravierende Fehlentscheidungen der rot-grünen Regierung. Die erste war der Planungsstopp für Bundesfernstraßen im

Herbst 2011. Die zweite Fehlentscheidung war der fatale Richtungswechsel „Konsumieren statt investieren“. Statt durch Umschichtungen im Haushalt die Investitionen



Bernhard Schemmer ist
der verkehrspolitische
Sprecher der CDU-Frak-
tion. Seit vielen Jahren ist
er der CDU-Fachmann für
Verkehrs- und Baupolitik.

NEUES PFLEGESETZ

Tragfähige Lösungen für die ältere Generation



Schwierige Beratungen, langer Titel: Das GEPA-Gesetz regelt die Bedingungen in der Pflege neu und bereitet alle Institutionen auf den demografischen Wandel vor.

Konstruktiv hat die CDU-Landtagsfraktion an der Novellierung des „Gesetzes zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen“ (GEPA) mitgewirkt. Das GEPA soll zum 1. Januar 2015 in Kraft treten und führt die Pflegegesetze von Karl-Josef Laumann fort. Es zielt auf die Weiterentwicklung der Quartierslösungen und der alternativen Wohngemeinschaften ab.

Der demografische Wandel und die Veränderung in den Familienstrukturen machen die Organisation für passgenaue Wohn- und Unterstützungsangebote für pflegebedürftige, ältere und behinderte Menschen zu einer Herausforderung. In dem Artikelgesetz werden gleich mehrere Gesetze novelliert: Das Selbstbestimmungsrecht älterer und pflegebedürftiger Menschen wird gestärkt. Im Vordergrund steht der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Daneben geht

es um Beratung, Planung, Förderung und Finanzierung pflegerischer Angebote und Einrichtungen, den Landesförderplan und um Gesamtanalysen zur Lage der Älteren. Wohnqualität, die personellen Anforderungen und die Mitbestimmungsrechte werden ebenfalls neu geregelt.

Die Umsetzung ist von größter Bedeutung für die Träger stationärer Pflegeeinrichtungen und vor allem für die zu pflegenden Menschen und deren Angehörige. Deshalb hat die CDU-Fraktion sich konstruktiv in das komplizierte Verfahren eingebracht, um die Betreiber und Träger stationärer Einrichtungen vor erheblichen Finanzierungsproblemen zu schützen und die Kommunen durch Steuerungsmöglichkeiten beim Bau neuer Pflegeplätze einzubeziehen.



Peter Preuß ist der sozialpolitische Sprecher der CDU-Fraktion. Der Rechtsanwalt aus Düsseldorf ist Experte für alle sozialpolitischen Fragen.

LANDESJUBILÄUM

„Eine Geschichte, auf die wir stolz sein können“

Als „Chance“ hatte Deutschlands erster Bundespräsident Theodor Heuss die „gewisse Traditionslosigkeit“ des jungen Nordrhein-Westfalen nach seiner Gründung bezeichnet. Inzwischen blickt das Land auf seine 68-jährige Geschichte zurück, nachdem es am 1946 von der britischen Militärregierung aus der Taufe gehoben wurde.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Armin Laschet hat die Initiative ergriffen, um den Landesgeburtstag im würdigen Rahmen zu feiern. Der Plenarsaal des Landtages bildete die Kulisse für die Feierstunde, der auf Einladung der CDU-Landtagsfraktion rund 500 Gäste gefolgt waren. Der frühere Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers befand sich ebenso im Auditorium wie Adenauer-Tochter Libeth Wehrhahn-Adenauer. Zahlreiche Repräsentanten des konsularischen Korps, Verbandspräsidenten, Politiker und Ehrengäste komplettierten das Rund.

„Warum sind wir nicht mindestens so gut wie andere?“

Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert – protokollarisch die Nummer zwei der Bundesrepublik – würdigte die Landesgeschichte aus Sicht eines „Insiders“. „Mein Nordrhein-Westfalen“ war der Vortrag des gebürtigen Bochumers überschrieben.

Sein Fazit: „Der Wiederaufbau Deutschlands hätte ohne den besonderen und herausragenden Beitrag Nordrhein-Westfalens nicht stattfinden können.“ Der Strukturwandel habe in dem „ökonomischen Kraftzentrum“ in „vergleichbarer Dimension an keiner anderen Stelle in Deutschland“ stattgefunden. Gleichzeitig sei es gelungen den sozialen Frieden zu bewahren. „Diese bewundernswerte Leistung ist modellhaft.“ Lammert

fügte mit Blick auf die wirtschaftliche Stärke hinzu: „Wäre NRW ein eigener Staat, hätte er große Chancen, bei G-20-Treffen eingeladen zu werden.“

Mit Blick auf die Wissenschafts- und Forschungslandschaft kritisierte er die Schulpolitik: „Es ist schade, dass das Schulwesen nicht ganz auf dem Niveau der Wissenschaftsszene ist und bedauerliche Rangplätze einnimmt. Warum sind wir nicht mindestens so gut wie andere?“

Der wirtschaftliche Erfolg sei nicht nur den „alteingesessenen Rheinländern und Westfalen zu verdanken“, sondern auch Millionen Zuwanderern. Er nannte die Aussiedler ebenso wie die Migranten aus Südeuropa oder der Türkei. „Ohne sie sähe dieses Land anders aus“, stellte der Bundestagspräsident fest. „Das Ruhrgebiet gäbe es nicht ohne Migration.“ Als Zukunftsaufgabe stellte Lammert fest, dass es „nicht zu viel Zuwanderung, sondern zu wenig Einbürgerung“ gebe.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Armin Laschet hob in seiner Begrüßung auf die von Heuss konstatierte Traditionslosigkeit ab - und hielt dem entgegen: „Wir sind kein Provisorium mehr. Wir haben eine Geschichte, auf die wir stolz sein können.“ Aber weil sich das Land mit seiner Geschichte immer noch schwer tue, habe die CDU-Fraktion den Festakt initiiert - im Kontrast zur rot-grünen Landesregierung, die den Landesgeburtstag nicht angemessen würdige.

Dem „Hier und Jetzt“ habe die Konzentration der Menschen in Nordrhein-Westfalen



TOCHTER VON ADENAUER: Libeth Wehrhahn-Adenauer war beim Festakt mit dabei.



GÄSTE: Landtagsvizepräsident Eckhard Uhlenberg, die Abgeordneten Thomas Kufen, Christina Schulze Föcking zusammen mit dem ehemaligen CDU-Ministerpräsidenten Dr. Jürgen Rüttgers.



Armin Laschet: „Wir müssen uns wieder auf unsere gemeinsamen Stärken und Perspektiven besinnen.“

beim Wiederaufbau nach den Verheerungen des Zweiten Weltkriegs gegolten, erläuterte Laschet. Das Wirtschaftswunder war die Folge des „ökonomischen, sozialen und moralischen Wiederaufbaus des westlichen Teil Deutschlands aus den Ruinen von Krieg und Diktatur.“

Längst vergangene Zeiten: „Der einstige Wirtschaftsmotor Ruhrgebiet hatte sich zum ökonomischen Bremsklotz gewandelt“, sagte er mit Blick auf den zähen Strukturwandel. Folge: Die Staatsfinanzen liefen aus dem Ruder – bis heute. Deshalb müsse es gelten, sich „auf unsere gemeinsamen Stärken und Perspektiven“ zu besinnen. „Es geht jetzt um die Würde dieses Landes, das noch immer das wirtschaftsstärkste der Bundesrepublik ist und in dem die Regierung ihren Gästen nicht einmal mehr ein Glas Mineralwasser anbieten will.“

Wasser gab's für die Gäste des anschließenden Sommerfestes der CDU-Landtagsfraktion auch – zumindest aus den Schleusen des Himmels. Am Buffet oder am Getränkestand konnten sich die Gäste für Gespräche, Smalltalk oder Diskussionen stärken. Zum dritten Mal hatte die Fraktion auf die Terrasse des Landtagsrestaurants eingeladen – und damit eine neue Tradition in der Fraktions- und Landesgeschichte begründet, die sich regen Zuspruchs erfreut.



Norbert Lammert: „Bewundernswerte Leistung ist modellhaft.“



Betin Günes dirigierte das Kammerorchester.

Mehr Zusammenarbeit wagen



sind innovative Gemeinschaftsprojekte denkbar und wünschenswert. Beispielsweise im Bereich der medizinischen Versorgung oder beim Ausbau der Breitbandinfrastruktur im Ländlichen Raum eröffnet die Zusammenarbeit von Kommunen große Chancen. Daher fordert die CDU-Landtagsfraktion mit dem Antrag „Chancen nutzen – Kommunale Kooperationen verbessern“ (Drucksache 16/5039) die Landesregierung dazu auf, die Kommunen bei der interkommunalen Zusammenarbeit besser zu unterstützen. Dafür müssen die gesetzlichen Regelungen flexibler gestaltet werden und – über eine Experimentierklausel im Gesetz zur kommunalen Gemeinschaftsarbeit – die Erprobung neuer Kooperationsformen ermöglicht werden. Mit der Einrichtung eines „Zentrums für interkommunale Kooperationen“ sollen die Möglichkeiten und Chancen der kommunalen Zusammenarbeit aufgezeigt, für eine vertiefte kommunale Zusammenarbeit geworben und den Kommunen bei der Vorbereitung und Umsetzung von Kooperationen beratend zur Seite gestanden werden.

Auf welchen Ebenen eine solche interkommunale Zusammenarbeit Sinn macht und wo nicht, ist eine Entscheidung vor Ort. Das Land muss aber die optimalen Rahmenbedingungen dafür schaffen.



Ralf Nettelstroth ist neuer kommunalpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. Er ist zugleich auch CDU-Fraktionsvorsitzender im Stadtrat von Bielefeld.

Interkommunale Zusammenarbeit ist ein wichtiges Zukunftsthema vor allem für Kommunen im ländlichen Raum. Durch erfolgreiche Kooperationen können bestehende Dienstleistungen der öffentlichen Hand für die Bürgerinnen und Bürger des Landes effizient gesteuert und weiterentwickelt werden. Dabei wird interkommunale Zusammenarbeit im Hinblick auf die demografischen Veränderungen, die angespannte Haushaltssituation vieler Kommunen sowie unter dem Gesichtspunkt eines verstärkten Standortwettbewerbs weiter an Bedeutung gewinnen. Was in einigen Bereichen, zum Beispiel bei der Wasserversorgung oder den kommunalen Rechenzentren, seit vielen Jahren praktiziert wird, lässt sich in verschiedenen Formen auf fast alle Verwaltungsbereiche ausdehnen.

So liegen uns Wünsche verschiedener Städte und Gemeinden vor, sogenannte Verwaltungsgemeinschaften bilden zu wollen (Gedanke: 2 Städte, 2 Räte, 2 Bürgermeister und 2 Bürgerbüros, aber nur eine Stadtverwaltung). Auch in weniger traditionellen Bereichen der interkommunalen Zusammenarbeit



BREITBAND: Auch beim Breitband-Ausbau ist interkommunale Zusammenarbeit denkbar. Rot-Grün tut zu wenig. Bis 2020 sollen lediglich 500 kleine und mittelständische Unternehmen ans schnelle Netz – im Schnitt gerade einmal 70 im Jahr, also weniger als zwei in der Woche. Nordrhein-Westfalen steht beim schnellen Internet wieder einmal auf der Bremse und wird vom Wachstum in anderen Bundesländern weiter abgehängt.

IMPRESSUM:

Herausgeber: CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Vorsitzender: Armin Laschet MdL – **Parlamentarischer Geschäftsführer:** Lutz Lienenkämper MdL
Redaktion: Nils Sönksen – **Fotos:** Volker Zierhut, dpa-picture-alliance, CDU-Bilddatenbank, privat
Kontakt und Website: www.cdu-nrw-fraktion.de



MEHR
ALS 1€

würde Finanzminister Norbert Walter-Borjans darauf wetten, dass Nordrhein-Westfalen die Schuldenbremse ab 2020 einhalten würde (Quelle: Deutschlandfunk).

2,4

Kinder mehr sind in Nordrhein-Westfalen gemeinsam in einer Grundschulklasse als im Bundesdurchschnitt (Quelle: IW Bildungsmonitor 2014).

0,7%

liegt das Wirtschaftswachstum in unserem Land im ersten Halbjahr 2014 unter dem Bundesschnitt (Quelle: IT NRW). Seit 1991 liegt das NRW-Wirtschaftswachstum um zehn Prozent unter dem Schnitt der Bundesländer (Quelle: IW).

4

Mal ist Rot-Grün schon vor dem Landesverfassungsgericht gescheitert – davon drei Mal mit ihrer Schuldenpolitik und ein Mal mit dem verfassungswidrigen Sparversuch bei den Beamten.

6,5%

beträgt ab 1. Januar 2015 die Grunderwerbssteuer. Bereits im Oktober 2011 erhöhte Rot-Grün die Steuer von 3,5 auf 5 Prozent. Das entspricht einer Erhöhung von über 85 Prozent innerhalb von drei Jahren (Quelle: SPD-Landtagsfraktion).

7

Hannelore Kraft: „Nordrhein-Westfalen ist ein wunderbares Sportland mit sieben Bundesligavereinen“ – Fakt ist: In dieser Saison spielen sechs NRW-Vereine in der Bundesliga und zwei in der 2. Bundesliga (Haushaltsrede, September 2014).

30%

aller Staumeldungen stammen aus dem Stauland Nr. 1, Nordrhein-Westfalen (Quelle: IW).

800 €

weniger zahlt Nordrhein-Westfalen für jeden einzelnen Schüler als der Bundesdurchschnitt (Quelle: Statistisches Bundesamt).

8.000 €

beträgt die Pro-Kopf-Verschuldung in unserem Land (Quelle: Finanzplanung des Landes NRW).

40.000.000 €

an Bundesmitteln für Verkehr mussten vom Land in 2013 zurück überwiesen werden – mangels abgeschlossener Planfeststellungsverfahren (Quelle: Bundesverkehrsministerium).

740.000.000 €

zahlt Nordrhein-Westfalen in 2014 mehr an Zinsen, als es neue Schulden aufnimmt (Quelle: Finanzministerium NRW).

140.000.000.000 €

betragen die Schulden des Landes Nordrhein-Westfalen. Damit ist unser Land einsamer Rekordhalter in Deutschland (Quelle: Finanzplanung des Landes NRW).



Unser Blog „Faktencheck NRW“ nimmt die rot-grüne Landesregierung unter die Lupe. Unter www.faktencheck-nrw.de finden Sie Zahlen, Fakten und Zitate, was bei Rot-Grün schief lief und läuft. Klicken Sie sich rein!

CDU-Kommission „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“ nimmt ihre Arbeit auf

Wir gestalten die Bürgergesellschaft von morgen!

Foto: CDU Deutschlands/Lang

Haben wir die Antworten auf die Fragen der Menschen heute? Mit dieser Leitfrage hat der Bundesvorstand der CDU Deutschlands im Februar 2014 beschlossen, drei Kommissionen einzurichten, die sich ressortübergreifend Themenkomplexen zuwenden sollen, die für die moderne Gesellschaft von heute von Bedeutung sind:

- Die Kommission „Nachhaltigkeit Leben – Lebensqualität bewahren“ unter der Leitung der stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Landesvorsitzenden der CDU Rheinland-Pfalz Julia Klöckner MdL;
- die Kommission „Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit“ unter der Leitung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Landesvorsitzenden der CDU Baden-Württemberg Thomas Strobl MdB;
- die Kommission „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“ unter der Leitung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Landesvorsitzenden der CDU Nordrhein-Westfalen Armin Laschet MdL.

Demografischer Wandel, Digitalisierung, Globalisierung, veränderte Sozial- und Familienstrukturen, wirtschaftliche Herausforderungen, Zuwanderung und Integration – unsere Gesellschaft erlebt tiefgreifende Umbrüche. Als Volkspartei der Mitte ist es unser Anspruch, Antworten auf die damit verbundenen Fragen zu finden und eine Vision für das Deutschland von morgen zu entwickeln. Wir wollen auf die Herausforderungen nicht nur reagieren, sondern den Wandel aktiv gestalten. Unser Ziel ist eine aktive Bürgergesellschaft und ein starker Zusammenhalt in unserem Land. Wir wollen ein Deutschland, in dem Menschen auch morgen und übermorgen noch gerne leben und arbeiten.

Die CDU will dafür Ideen und Konzepte liefern. Die neuen Kommissionen sind ein anderer Weg, dazu zu kommen: In der

40-köpfigen Kommission sind Repräsentanten aus allen gesellschaftlichen Bereichen wie Kirchen, Verbänden und Stiftungen, aber auch Wissenschaftler, Praktiker und profilierte Politiker vertreten.

Die Kommission will offen die Fragen angehen, die unsere Gesellschaft bewegen: Wie passen Politikverdrossenheit und sinkende Wahlbeteiligung mit dem Wunsch nach mehr Bürgerbeteiligung zusammen? Wie sieht es mit dem Vertrauen in Familien, in gesellschaftliche Netzwerke und gegenüber staatlichen Institutionen aus? Wie ausgeprägt ist die Akzeptanz gegenüber unterschiedlichen Lebensmodellen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte? Wie stark ist die Solidarität zwischen Alt und Jung, Arm und Reich, Ost und West? Welchen Einfluss haben Wirtschaft und Digitalisierung auf unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt? Wie begegnen wir neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen? Eine gute Regierungsführung und das politische Tagesgeschäft alleine reichen nicht aus, um diese Fragen zu beantworten und um für die großen Herausforderungen gerüstet zu sein. Wer die Gesellschaft der Zukunft gestalten will, muss eine Idee von der Zukunft der Gesellschaft haben.

Darum ging es auch in der ersten Sitzung im Oktober in Berlin. Friedrich Merz, der als Mitglied in der Kommission mitarbeitet, analysierte in seinem Impulsvortrag zum Thema „Digitalisierte Wirtschaft und Gesellschaft – neue Herausforderungen für den Zusammenhalt in unserem Land“ einige Themenfelder, an denen sich die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft und die Zukunftsfestigkeit unserer Gesellschaft zeigen wird: Das Verhältnis gegenüber neuen Technologien, die digitale Transformation unserer Industrie, der Umgang mit Gentechnik, die Beteiligung von Arbeitnehmern am Unternehmenskapital. Armin Laschet hat mit Friedrich Merz bewusst eine Persönlichkeit um seine Mitarbeit in der Kommission zur Bürgergesellschaft gebeten,

die für Wirtschaftskompetenz und klare Sprache steht. Als CDU verlieren wir nicht aus dem Blick, dass eine starke und moderne Gesellschaft einer soliden wirtschaftlichen Grundlage bedarf. Wir können nur investieren, was wir auch verdient haben. Mit der Berufung weiterer Vertreter aus der Wirtschaft machen wir klar: Wir nehmen die Wirtschaft in die Verantwortung, wenn es um den Zusammenhalt in unserem Land geht. Es geht nicht um ein weiches Thema, sondern die Grundlage des Erfolgs unserer Sozialen Marktwirtschaft.

Der Parteienforscher und Politikwissenschaftler Professor Karl-Rudolf Korte, auch Mitglied der Kommission, trug in einem zweiten Impulsreferat zur Frage „Partizipation und politische Entscheidungen unter den Bedingungen einer modernen Mediengesellschaft“ vor. Die Frage einer gegliückten Bürgerbeteiligung entscheidet mittlerweile über Wohl und Wehe großer Infrastrukturprojekte in unserem Land – und prägt damit das Bild Deutschlands in der Welt. Dabei geht es auch darum, wie wir unsere Demokratie leben wollen. Und wie sich der Erfolg kleiner, gut organisierter Bürgerinitiativen zum Grundsatz der repräsentativen Demokratie verhält.

Ziel der Kommission ist es, politische Ideen und Initiativen zu entwickeln, die eine Vision von bürgerlicher Politik darstellen. Zum diesjährigen CDU-Bundesparteitag in Köln finden zu allen drei Kommissionen Diskussionsforen statt, um auch Impulse

der Delegierten und Gäste aufzunehmen. Im Ergebnis soll ein Papier erarbeitet werden, das als Leitantrag zum CDU-Bundesparteitag 2015 eingebracht werden wird.

Die CDU als einzig verbliebene Volkspartei muss sagen, wie sie sich ein liebens- und lebenswertes Deutschland von morgen vorstellt. Auch soll es darum gehen, welchen Beitrag die CDU leisten kann und sollte, welches Angebot zur Gestaltung wir machen wollen. Unser Anspruch ist, auch in Zukunft die Volkspartei der Mitte zu bleiben. Wir wollen eine lebendige und moderne Partei sein. Eine Partei, deren Vertreter mit beiden Füßen auf dem Boden stehen. Eine Partei, die sich der Lebenswirklichkeiten annimmt, ohne sich mit ihnen zu begnügen.

Die Arbeit der Kommission soll so offen und transparent wie möglich gestaltet werden. Der Themenbereich der Kommission ist groß und vielfältig, deshalb soll die Kommission von der Parteibasis unterstützt werden und Ideen, Standpunkte und Überzeugungen der Mitglieder aufgreifen. Aus diesem Grund wurde eine eigene Internetseite für die Kommission eingerichtet. Unter www.cdu.de/zu-sammenhalt-staerken werden Zwischenschritte der Kommissionsarbeit vorgestellt und können dort diskutiert werden. In Kürze wird dazu ein „Mitmach-Tool“ eingerichtet, so dass jedes CDU-Mitglied seine Ideen beitragen und mitteilen kann, was ihm zu den Themen besonders wichtig ist. Denn wenn es darum geht, die Bürgergesellschaft der Zukunft zu gestalten, sind alle gefragt. ■



Foto: CDU Deutschlands/Schlegel/mbich

Aus der CDU Nordrhein-Westfalen wirken mit:

Serap Güler MdL
Dr. Jan Heinisch

*integrationspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen und
Vorsitzender des nordrhein-westfälischen Feuerwehrverbandes*

Thomas Hunsteger-Petermann
Hubert Hüppe MdB

*Oberbürgermeister von Hamm und stellvertretender Bundesvorsitzender der KPV
ehemaliger Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen*

Dennis Radtke

1. stellvertretender Landesvorsitzender CDA Nordrhein-Westfalen

Prof. Dr. Otto Wulff

Bundesvorsitzender der Senioren Union Deutschlands

Paul Ziemiak

Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands



CDU: Volkspartei der Zukunft!

*Stark bleiben – Mehr werden.
Jetzt aktiv neue Mitglieder werben.
Ich zähle auf Ihren Einsatz!*

Liebe Parteifreunde, liebe CDU-Familie!

Wir sind die einzige verbliebene Volkspartei in diesem Land. Und wir wollen auch weiter Volkspartei sein. Damit das so bleibt, müssen wir jetzt etwas tun – und dürfen nicht auf der faulen Haut liegen und warten, bis die Menschen von alleine den Weg zu uns finden, bei uns anklopfen und fragen, ob sie mitmachen dürfen.

Wir müssen aktiv werden. Jedes einzelne Mitglied muss aktiv werden. Daher fordere ich Sie auf: Werben Sie JEWEILS EIN neues Mitglied für die CDU! Jeder, der sich für die Grundsätze der Christlich Demokratischen Union einsetzt, findet bei uns seinen Platz und wird Teil einer großen Familie. Wie jede gute Familie profitiert auch die CDU davon, dass unsere Mitglieder vielfältige Erfahrungen, Kenntnisse und Vorstellungen

bei uns einbringen. Sie, unsere Mitglieder, füllen unsere Partei mit Leben.

Ich lade Sie herzlich ein: Machen Sie mit bei unserer Mitgliederwerbeaktion. Werben Sie ein neues Mitglied. Sie, jeder einzelne von uns, wir alle tragen dazu bei, dass die CDU lebendige Volkspartei bleibt – oder wo wir es noch nicht sind, wird. Wenn uns das gelingt, sind und bleiben wir auch für den Wähler attraktiv.

Vielen Dank für Ihren Einsatz für unsere CDU!

Ihr

In den letzten Jahren gab es zahlreiche Werbekampagnen und somit zahlreiche Versuche, zusätzliche Mitglieder zu gewinnen. Es ist wichtig, dass wir kontinuierlich um neue Mitglieder werben. Um die gesellschaftliche Wirkung der Union voll entfalten zu können, brauchen wir eine starke Mitgliedschaft, die sich aus allen gesellschaftlichen Schichten, Altersgruppen und Berufsgruppen zusammensetzt und in der – und das ist eine große Aufgabe – beide Geschlechter möglichst gleich stark vertreten sind. Nur durch eine vielfältige Mitgliedschaft können wir unsere Politik immer wieder dem „Realitätscheck“ unterziehen und immer wieder prüfen, ob wir nah genug an den Problemen der Bürger sind und wissen, was sie bewegt. Unsere erfolgreiche Politik kann außerdem über viele Mitglieder viel besser in die Gesellschaft hineingetragen werden.

Mitgliederwerbung ist kein Hexenwerk!

Mitgliederwerbung funktioniert – zahlreiche gelungene Aktionen in Stadt-, Orts- und Kreisverbänden belegen das. Die Essenz aller Kampagnen: Am wichtigsten ist der persönliche Kontakt, das persönliche Gespräch. Genauso wichtig ist, dass jedes Parteimitglied die vielleicht anfängliche Hemmschwelle einmal überwindet. Also: Sprechen Sie Freunde, Bekannte, Nachbarn, Arbeitskollegen auf eine Mitgliedschaft an. Auch Menschen, die sich in Bürgerinitiativen oder Vereinen, im Beruf oder in der Nachbarschaft engagieren, interessieren sich für Politik. Ihnen kann die CDU eine politische Heimat sein. Sie werden sehen: Mitgliederwerbung ist zwar manchmal mühsam, aber auf keinen Fall Hexenwerk.

Warum Mitglied werden in der CDU?

Wir stehen für unsere Überzeugungen ein und wollen Gutes bewahren. Gleichzeitig wollen wir moderner, offener und attraktiver werden. Neue Mitglieder bereichern mit ihren Ideen und Talenten unsere Arbeit vor Ort. Als Volkspartei wollen wir alle gesellschaftlichen Gruppen ansprechen. Dafür brauchen wir eine bessere Verankerung in der Gesellschaft. Christdemokratinnen und Christdemokraten ergreifen im besten Sinne des Wortes Partei, beziehen Position und treten für ihre Überzeugungen ein: Für eine christlich geprägte Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – im Kleinen wie im Großen.

Einbringen ist erwünscht!

Es geht uns aber nicht alleine darum, neue Mitglieder zu werben für unsere CDU. Wir möchten auch, dass sich die Personen, die – sei es vor wenigen Monaten oder vor vielen Jahren – der CDU beigetreten sind, sich in unserer Partei wohl fühlen, gerne dabei sind und unsere Arbeit unterstützen. Und die Gelegenheiten, sich einzubringen, sind aktuell so günstig wie selten zuvor: Die CDU Nordrhein-Westfalen arbeitet unter Beteiligung zahlreicher Akteure weiter an ihrem Grundsatzprogramm. Der Prozess ist bewusst offen gestaltet. Jedes Parteimitglied kann diese Chance nutzen und aktiv am Grundsatzprogrammprozess mitarbeiten. Die Ideen, Vorstel-

lungen und Gedanken unserer Mitglieder sind die Grundlage für ein modernes und zukunftsweisendes Programm. Alle Mitglieder haben die Möglichkeit, das Grundsatzprogramm, unter anderem über CDUplus, mitzugestalten (mehr dazu auf den Seiten 10 bis 12). Parallel stellt sich die Kommission „Meine CDU 2017“ unter Leitung von Bundesgeneralsekretär Peter Tauber den Fragen, wie die CDU auch künftig attraktiv für Mitglieder, organisationsstark und kampagnenfähig sein kann. Weitere Informationen zur Arbeit der Kommission, darüber, wie Sie mitmachen können, und welche Antworten bisher schon zu den sechs Hauptfragen:

- was meine CDU und mich verbindet,
- was ich in meiner CDU bewegen kann,
- was meine CDU mir bietet,
- wie meine CDU aufgestellt ist,
- wie meine CDU Mitglieder gewinnt und fördert,
- wie meine CDU Menschen begegnet,

gefunden wurden, sind über www.cdu.de/meinecdu nachzulesen. Für beide „Mitmach-Optionen“ gilt: Hier ist uns wirklich jeder Vorschlag gleich wichtig, ob vom Neumitglied oder vom erfahrenen kommunalen Mandatsträger. Genau diese Vielfalt macht uns aus. Und nur so kann die CDU auch in Zukunft Volkspartei bleiben!

Mitgliederwerbeaktion jetzt!

Wir können unsere Position als stärkste Partei in Nordrhein-Westfalen nur behaupten, wenn wir viele sind, wenn wir intensiv diskutieren, wenn wir vor Ort sichtbar sind und unsere Positionen vertreten. Wir brauchen möglichst viele Menschen, die daran mitwirken möchten und ihre vielfältigen Erfahrungen, Kenntnisse und Vorstellungen bei uns einbringen. **Helfen Sie uns dabei und werben Sie jetzt neue Mitglieder für die CDU!**

Attraktive Preise für den erfolgreichsten Verband

Ja, es gibt Parteimitglieder, denen es gelingt, in einem halben Jahr an die 20 Neumitglieder zu werben – und diese erfolgreichen Mitgliederwerber haben wir im Rahmen unserer letzten großen Mitgliederwerbeaktion auch geehrt. Wichtig ist aber, dass sich jedes einzelne Parteimitglied für unsere CDU einsetzt und um neue Mitstreiter wirbt. Deshalb wollen wir das kleine Bonbon, das zusätzlich motivieren soll, eine attraktive, engagierte und zahlenmäßig starke Truppe vor Ort zu haben, anders ausrichten: Der erfolgreichste Kreisverband, also der Kreisverband, dessen prozentualer Zuwachs an Mitgliedern zwischen dem 1. Januar und dem 31. Mai 2015 am größten ist, „gewinnt“ ein ganz besonderes Sommerfest: Mit dem Landesvorsitzenden Armin Laschet am Grill und dem Generalsekretär Bodo Löttgen am Zapfhahn, mit musikalischer Untermauerung und organisiert von der Landesgeschäftsstelle. Der Siegerverband wird auf dem Landesparteitag, der am 13. Juni 2015 stattfindet, bekannt gegeben. ■

12 Fragen an **Elke Hannack**

Elke Hannack wurde am 23. September 1961 in Gladbeck geboren. Neben dem Studium der evangelischen Theologie arbeitete sie als Packerin und Verkäuferin im Einzelhandel. Sie wurde Mitglied der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, engagierte sich als Betriebsratsvorsitzende. Nach DGB-Ausbildungen zur Organisationssekretärin und zur Rechtsschutzsekretärin wurde sie DGB-Kreisvorsitzende, später stellvertretende Vorsitzende des DGB-Bezirks Nordrhein-Westfalen. 1980 trat sie in die CDU und 1992 in die CDA ein, in deren Bundesvorstand sie seit 2001 Mitglied ist, seit 2011 als stellvertretende Bundesvorsitzende. Bis zu ihrem Wechsel in den ver.di-Bundesvorstand 2007 nach Berlin gehörte sie zudem dem Landesvorstand der CDA NRW an. Seit Juni 2013 ist die „Gewerkschafterin aus Überzeugung“ stellvertretende Bundesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Was war Ihr erster Berufswunsch?

Ich wollte als kleines Kind Pastorin werden.

Nach welcher Maxime bestreiten Sie den Tag?

Arbeit macht Spaß!

Welches Lied singen Sie gerne?

„Du bist das Beste, was mir je passiert ist“ von „Silbermond“.

Was mögen Sie an der CDU?

Alles, und insbesondere meine CDA!

Welches politische Projekt möchten Sie vorantreiben?

Ich will, dass alle jungen Menschen eine Ausbildung machen können!

In welchem Kinofilm würden Sie gerne eine Hauptrolle spielen?

In „Quo vadis?“ mit Peter Ustinov.

Was ist Ihre größte Schwäche?

Ich kann schlecht „Nein“ sagen.

Welche Bücher liegen auf Ihrem Nachttisch?

Ein Krimi von Patricia Cornwall. Leider habe ich nicht immer die Zeit, meinen Krimi zu lesen, weshalb er schon seit einem Jahr auf meinem Nachttisch liegt.

Was können Sie besonders gut kochen?

Rouladen mit Rotkohl und Klößen.

Wie können Sie am Besten entspannen?

Auf der Couch vor dem Fernseher, inklusive Bedienung.

Wo, wenn nicht in Nordrhein-Westfalen, würden Sie gerne leben?

Auf einer Insel in der Nordsee.

Welche Schlagzeile würden Sie gerne über sich lesen?

„DGB-Vize in CDU-Bundesvorstand gewählt...“



12 Fragen an Tobias Stockhoff

Tobias Stockhoff wurde am 20. September 1981 in Dorsten geboren. Nach seinem Studium in Münster arbeitete er seit 2007 als Diplom-Physiker. Am 15. Juni 2014 wurde er zum Bürgermeister seiner Heimatstadt Dorsten gewählt. Stockhoff trat am Abend der verlorenen Bundestagswahl 1998 in die Junge Union ein. Seit 1999 ist er auch Mitglied der CDU. Nach zahlreichen Funktionen in CDU und JU auf Orts-, Stadt- und Kreisebene wurde er 2007 Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes Dorsten. Seit über zehn Jahren gehört er dem Rat der Stadt Dorsten an, von 2009 bis 2014 als Wirtschaftsausschussvorsitzender und stellv. CDU-Fraktionsvorsitzender. Seit fast 15 Jahren ist er Mitglied der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) und engagiert sich seit vielen Jahren in seiner Kirchengemeinde sowie im Bistum Münster.

Was war Ihr erster Berufswunsch?

Lokführer.

Nach welcher Maxime bestreiten Sie den Tag?

„Besser auf dem rechten Weg hinken, als festen Schrittes abseits wandeln“ (Hl. Augustinus).

Welches Lied singen Sie gerne?

Einige, aber nur in der Kirche und im Stadion. Beim lieben Gott zählt der gute Wille und im Stadion fallen schiefe Töne nicht auf.

Was mögen Sie an der CDU?

Das christliche Menschenbild, das demokratische Miteinander, die Union der Generationen.

Welches politische Projekt möchten Sie vorantreiben?

Die Weiterentwicklung von Bürgerbeteiligung in Kommunen.

In welchem Kinofilm würden Sie gerne eine Hauptrolle spielen?

Als Dorstener hat man nur ein Ziel: Eine kleine Nebenrolle bei der www.pommies-soko.de.

Was ist Ihre größte Schwäche?

Schokolade in allen Variationen...

Welche Bücher liegen auf Ihrem Nachttisch?

Die Badewanne des Archimedes (Sven Ortoli und Nicolas Witkowski) und seit dem 23. Juni die Gemeindeordnung NRW unterm Kopfkissen. ;-)

Was können Sie besonders gut kochen?

Pudding für echte westfälische Herrencreme.

Wie können Sie am Besten entspannen?

Bei jeder Lücke im Terminplaner.

Wo, wenn nicht in Nordrhein-Westfalen, würden Sie gerne leben?

In einem Bergdorf in den Alpen.

Welche Schlagzeile würden Sie gerne über sich lesen?

NRW-Landesregierung lenkt ein – Dorsten erreicht ausreichende Finanzausstattung für Städte und Gemeinden!

Gastbeitrag von Peter Hintze MdB, Vizepräsident des Deutschen Bundestages

In Würde sterben

Jeder Mensch wünscht sich, an seinem Lebensende in Würde zu sterben. Als Christen sind wir aufgerufen, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um kranken Menschen durch eine bestmögliche medizinische und menschliche Begleitung ein Ja zum Leben zu ermöglichen. Dazu gehören für mich insbesondere eine gute palliativmedizinische Versorgung und eine Stärkung des Hospizwesens. In den Fällen, in denen auch die Palliativmedizin an ihre Grenzen stößt, leiden todkranke Menschen oftmals große Qualen. Ich hielte es für einen schweren Verstoß gegen die Menschenwürde, wenn aus dem Schutz des Lebens ein staatlich verordneter Zwang zum Leiden würde. Unser christliches Menschenbild gebietet es, uns schwer leidenden Menschen in Nächstenliebe hinzuwenden und sie vor einem Qualtod zu schützen. Daher möchte ich durch eine Regelung im Bürgerlichen Gesetzbuch Ärzten die Möglichkeit geben, ihren Patienten auf deren Wunsch unter klaren Voraussetzungen zu helfen, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Mit einer solchen Regelung stärken wir das Selbstbestimmungsrecht und sorgen für mehr Rechtssicherheit für Patienten und Ärzte.

Obwohl die Hilfestellung zu einer selbst vollzogenen Lebensbeendigung grundsätzlich straflos ist, sieht das Berufsrecht der Ärzte in einigen Landesärztekammern ein striktes Verbot der Sterbehilfe vor. Ich möchte, dass Ärzte künftig ohne Sorge um einen möglichen Entzug der Approbation ihren Patienten in aussichtslosen Fällen beistehen können. Eine solche Hilfe muss stets freiwillig erfolgen und darf nur dann in Frage kommen, wenn der Patient volljährig und einsichtsfähig ist und feststeht, dass eine unheilbare Erkrankung unumkehrbar zum Tod führt, der Patient schwer leidet, eine umfassende Beratung über palliative Möglichkeiten stattgefunden hat und die ärztliche Diagnose zur Sicherheit von einem anderen Arzt bestätigt wurde.

Ich bin überzeugt, dass das sichere Wissen, im Falle einer aussichtslosen Lebenssituation auf die Möglichkeit einer vom medizinischen Sachverstand getragenen Hilfe durch den Arzt des Vertrauens zurückgreifen zu können, schwer leidenden Menschen sogar hilft, vom Wunsch nach Beendigung ihres Lebens Abstand zu nehmen. Gegen ein Verbot der „organisierten“ Sterbehilfe spricht, dass es die in vielerlei Hinsicht berufsmäßig organisierten Ärzte stets in die Gefahr der Strafverfolgung bringt. Die Ärzte haben unser Vertrauen verdient statt den Staatsanwalt. Wo es um menschliches Leiden an der Grenze zwischen Leben und Tod geht, ist das scharfe Schwert des Strafrechts das falsche Mittel. Hier hat der Staat Zurückhaltung zu wahren.

Bei uns in NRW 03/14

DEBATTE

Zu einem vieldiskutierten, emotionalen Thema geben uns Peter Hintze und Hermann Gröhe Denkanstöße.



Die Erfahrung lehrt: Dort, wo in den Ländern der westlichen Welt eine ärztliche Hilfe bei der selbst vollzogenen Lebensbeendigung möglich ist, hat der Schutz des Lebens weiterhin einen überragenden Stellenwert. So wäre es auch in Deutschland. Dies sollte uns Mut machen zu einer Kultur der Hinwendung und Nächstenliebe. ■

Peter Hintze MdB



Seit 1990 für Wuppertal im Deutschen Bundestag. Der studierte Theologe und frühere Pfarrer war Generalsekretär der CDU Deutschlands (1992-1998) und Parlamentarischer Staatssekretär für Frauen und Jugend (1991-1992) sowie für Wirtschaft und Technologie (2005-2013). Hintze ist seit 2006 Vorsitzender der Landesgruppe NRW der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und seit Oktober 2013 Vizepräsident des Deutschen Bundestages.

Gastbeitrag von Hermann Gröhe MdB, Bundesminister für Gesundheit

Bei den Menschen bleiben – bis zuletzt!



Foto: Shu

Menschenwürdiges Sterben – was verstehen wir, jeder Einzelne und die Gesellschaft, darunter? Was kann dazu beitragen, dass dies gelingt? Wie kann der Staat Leben wirksam schützen und zugleich das Selbstbestimmungsrecht achten? Diese Fragen treiben viele Menschen um – ganz persönlich, geprägt durch unterschiedliche Erfahrungen und Überzeugungen. Die Angst vor dem Sterben ist bei vielen Menschen geprägt von der Angst vor unerträglichen Schmerzen, vor einer als entwürdigend empfundenen Abhängigkeit von der Hilfe Anderer, vor der Einsamkeit in den letzten Tagen und Stunden.

Menschliche Zuwendung und gute pflegerische, medizinische und seelsorgerliche Hilfe sind daher das Wichtigste, was wir Schwerstkranken und Sterbenden schulden.

Hilfe zu geben und Hilfe zu empfangen – beides gehört zu unserem Leben. Niemals sollten Menschen ihrem Leben ein Ende machen wollen, um Anderen nicht zur Last zu fallen! Deswegen ist mir als Gesundheitsminister der Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung ein Herzensanliegen. Viel ist in diesem Bereich in den letzten Jahren geschehen, auch dank eines eindrucksvollen Einsatzes vieler in der Hospizbewegung. Aus- und Weiterbildung in der Palliativmedizin, eine Weiterentwicklung des Betäubungsmittelrechts und neue Behandlungsmethoden ermöglichen es heute, dass in den allermeisten Fällen – nicht wenige Experten sagen: nahezu immer – unerträglichen Schmerzen wirksam begegnet werden kann. Über diese Möglichkeiten muss besser informiert werden – und sie müssen überall zur Verfügung stehen! Moderne Schmerzmedizin kann bis zur „palliativen Sedierung“ gehen, darf im Rahmen der Schmerzlinderung auch das Risiko einer Lebensverkürzung in Kauf nehmen.

Gegen den Willen des Patienten dürfen keine lebensverlängernden Maßnahmen eingeleitet oder aufrechterhalten werden. Rechtsprechung und Gesetzgeber haben bei der Patientenverfügung das Selbstbestimmungsrecht nachdrücklich gestärkt.

Selbsttötung und damit auch individuelle Beihilfehandlungen sind zu Recht straffrei. Hier schweigt das Recht zu Lebensdramen. Als schwer erträglich empfinde ich es aber, wenn die Selbsttötung geradezu als Akt wahrer Freiheit verklärt wird. Rund 10.000 Selbsttötungen im Jahr sind uns richtigerweise Anlass, in zahlreichen Beratungs- und Hilfsangeboten um neuen Mut zum Leben zu ringen.

Wenn ich mich nun als Abgeordneter für die Strafbarkeit organisierter Selbsttötungshilfe einsetze, so geschieht dies, weil ich nicht will, dass solches Tun gleichsam zur öffentlich beworbenen Behandlungsvariante wird. Organisierte Selbsttötungshilfe mit der Absicht der Gewinnerzielung ist dabei besonders verwerflich.

Ich begrüße die Ablehnung des ärztlich assistierten Suizids durch die deutsche Ärzteschaft und entsprechende berufsrechtliche Vorgaben. Wer hier für eng umrissene Ausnahmen eine Öffnung verlangt, wird sich schon bald dem Ruf nach einer immer weiteren Zulässigkeit stellen müssen. Jung-Liberale Forderungen nach aktiver Sterbehilfe auch bei Kindern zeigen dies. Und der Hinweis, bei Dementen müsse die Bitte um Selbsttötungshilfe rechtzeitig, nämlich bei klarem Verstande, erfolgen, ist besonders bizarr. In der Logik des Rufs nach unbeschränkter Selbstbestimmung wird man solchen „Nachforderungen“ immer weniger entgegen setzen können. Deshalb halte ich die Forderung nach einer ausdrücklich zulässigen ärztlichen Selbsttötungshilfe auch in engen Grenzen für einen gefährlichen Irrweg. ■

Hermann Gröhe MdB



Seit 1994 für Neuss im Deutschen Bundestag. Von 1989 bis 1994 war er Bundesvorsitzender der Jungen Union. Der Rechtsanwalt war Staatsminister bei der Bundeskanzlerin (2008-2009) und als Generalsekretär der CDU Deutschlands (2009-2013) unter anderem verantwortlich für den erfolgreichen Bundestagswahlkampf 2013. Seit Dezember 2013 ist er Bundesminister für Gesundheit.

Foto: Gröhe: CDU/Chaperon



Von Isabelle Fischer, Sprecherin der CDU Nordrhein-Westfalen

„HoGeSa“ – Die unterschätzte Gefahr von rechts

Foto: picture alliance/dpa

Die Krawalle von Köln haben die Behörden eiskalt erwischt. Den Zusammenschluss von Neonazis und Hooligans haben die Verantwortlichen nicht kommen sehen. Doch was steckt dahinter?

Die Bilanz des Sonntags von Köln: 49 verletzte Polizisten, ein umgekippter Mannschaftswagen, etliche Sachschäden. Die Bilder aus Köln gingen um die Welt und schockierten. Am 26. Oktober 2014 marschieren über 4.800 Rechtsradikale, Skinheads, Neo-Nazis und Hooligans durch Köln. Sie skandieren hasserfüllte Parolen wie „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“ oder „Hier marschiert der nationale Widerstand“. Mitten am Tag, mitten in der Stadt, direkt vor dem Dom. Passanten und Touristen fliehen vor dem grölenden Mob. Augenzeugen und Medien berichten im Anschluss von Randalen in Zügen von und nach Köln. Gegen lediglich 17 Personen werden im Nachgang zunächst Ermittlungsverfahren eingeleitet. Medien berichten später, dass sich diese Zahl auf 57 erhöht habe – dabei hätten es auch mehrere Hundert werden können.

Eines wird schnell klar: Die Polizei hatte keine Chance, die Berichte über den Einsatz lesen sich wie ein Protokoll der Hilflosigkeit. Im Vorfeld der Demonstration gibt der Kölner Polizeipräsident an, dass man mit etwa 1.500 Teilnehmern rechne. Später muss er die Aussage widerrufen und erklärt, mit 4.000 bis 4.500 gerechnet zu haben. Gerade einmal 1.400 Einsatzkräfte versuchten vergebens, den randalierenden Mob in den Griff zu bekommen. Erstaunlich, eigentlich schockierend: Der zuständige Innenmi-

nister Ralf Jäger erklärt, das Polizeikonzept sei „richtig“ und die Lageeinschätzung „präzise“ gewesen. Eine offensichtliche Fehleinschätzung.

Was aber ist da in Köln passiert? Woher kommt diese Allianz zwischen Hooligans und Rechtsradikalen? Und: Ist sie tatsächlich neu, oder hätte man diese Entwicklung erkennen und darauf reagieren müssen?

Wer ist „HoGeSa“?

„HoGeSa“ („Hooligans gegen Salafisten“) ist ein spontaner Zusammenschluss von (oft) gewaltbereiten Hooligans und Anhängern der rechtsradikalen Milieus. Eigentlich spinnefeind, vereint sie der Protest gegen eine vermeintliche Islamisierung Deutschlands und gegen das Erstarken des Salafismus in der Bundesrepublik.

Experten kennen das Muster aus dem rechtsradikalen Milieu: Chaoten suchen einen gesellschaftlich legitimierten Zweck und missbrauchen ihn für ihre fremdenfeindlichen Zwecke. In diesem Fall nutzen sie die gesellschaftliche Verunsicherung, entstanden durch Diskussionen um die „Scharia-Polizei“ in Wuppertal und die Beteiligung deutscher Salafisten an Verbrechen des „Islamischen Staats“ in Syrien und dem Nordirak. Tatsächlich aber ist dies nur ein Vorwand. Hinter der vermeintlichen Sorge steckt blanker Fremdenhass und Islamophobie. Wäre es nicht so ernst,

könnte man es ironisch nennen, denn ja: hier bekämpfen Extremisten andere Extremisten.

Warum wussten die Behörden nicht Bescheid?

Der Zustrom an Hooligans und Rechtsradikalen in Köln hat Behörden und Öffentlichkeit überrascht. Die Zentrale Informationsstelle Sparteinsätze der Polizei war nach Informationen des Nachrichtenmagazins Der Spiegel von gerade einmal 400 „rechtsmotivierten“ Fußballhooligans ausgegangen. Auch das Bundesinnenministerium war bisher nicht von einem Zusammenschluss von Hooligans mit Rechtsextremen ausgegangen.

Dabei waren die Ursprünge deutlich erkennbar. Schon Anfang des Jahres hatten Hooligans ihre neu gefundene politische Agenda demonstriert und waren bei Veranstaltungen des Salafisten-Predigers Pierre Vogel aufgetaucht, in Mönchengladbach und in Mannheim, mal 100, mal 200. Auf der Facebook-Seite, auf der zu der Demonstration in Köln aufgerufen wurde, hatten sich weit über 7.000 Personen angemeldet.

Und so stellen sich nach wie vor die Fragen: Warum waren die Behörden so schlecht vorbereitet? Es war bekannt, dass die Demonstration von einem Aktivisten der rechtsextremen „Pro NRW“ angemeldet wurde. Ebenfalls war bekannt, dass sich unter den Teilnehmern viele polizeibekannte Rechtsextreme und gewaltbereite Hooligans aus dem gesamten Bundesgebiet befinden würden.



Hat Innenminister Ralf Jäger die Lage noch im Griff?

Foto: picture alliance/dpa

Warum aber gab es keine Auflagen? Warum erlaubte man die Demonstration am Breslauer Platz, mitten in der Kölner Innenstadt? Und warum gab es nicht genügend Polizisten, wenn man doch die Lage – wie Jäger behauptet – so präzise eingeschätzt hatte?

In ersten Stellungnahmen argumentierten der Innenminister wie auch der Kölner Polizeipräsident Wolfgang Albers, dass wegen der ebenfalls angesetzten Bundesligapartien keine weiteren Einsatzkräfte zur Verfügung standen. Warum aber wurde keine Unterstützung aus anderen Bundesländern angefordert, wie es sonst der Regelfall ist? Wenn Jäger in seiner gewohnt aktionisti-

schen Art nun davon redet, dass man „die Verwaltungsgerichte davon überzeugen“ müsse, solche Demonstrationen zu verbieten, dann ist dies wieder einmal Ausdruck seiner Inkompetenz. Das Versammlungsrecht gibt uns schon jetzt genügend Handhabe gegen gewaltbereite Extremisten. Nicht schärfere Gesetze hätten geholfen, sondern die konsequente Anwendung der bestehenden.



Foto: picture alliance/dpa

Einmaliger Höhepunkt oder Anfang neuer rechtsradikaler Exzesse?

Unklar ist, ob „HoGeSa“ weiteres Mobilisierungspotential entfalten kann. Die Gefahr: Unter dem Vorwand des Kampfes gegen salafistische Extremisten könnten Fremdenhass, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit auf deutsche Straßen zurückkehren. Oder eine aufgewachte Öffentlichkeit tritt gegen Extremismus auf, und die Trennung zwischen legitimem Protest gegen salafistischen Einfluss und gewalttätigem Krawall durch „HoGeSa“ und Konsorten gelingt.

In Hamburg und Berlin wurden bereits gestellte Genehmigungsanträge für weitere Demonstrationen zurückgezogen. In Hannover wurde eine beantragte Demonstration von der Polizei verboten. Zu hoffen bleibt, dass sich die Ereignisse von Köln nicht wiederholen. Und dass die Behörden gelernt haben; denn mit Jäger'scher Schönrederei ist keinem geholfen.

Isabelle Fischer



ist seit dem 1. Oktober neue Sprecherin der CDU Nordrhein-Westfalen. Neben der Leitung der Pressestelle steht sie an der Spitze der Abteilung Kommunikation in der Düsseldorfer Wasserstraße. Die 35-jährige gebürtige Kaarsterin war nach Stationen bei der Kreisau-Initiative Berlin und der Kommunikationsabteilung des Deutschen Bundestages zuletzt als Managing Supervisor bei der Kommunikationsberatungsfirma FleishmanHillard in Berlin angestellt.



Foto im Hintergrund: Andrea Damm/pixelio.de, Foto in Lupe: Rochlitzer, Lupe: Shutterstock

Löttgens Lupe

Absicht, die, Subst.: bezeichnet eine **▷ geplante**, noch nicht **▷ abgeschlossene** Handlung. Derzeit grübelt eine erkleckliche Anzahl mehr oder minder politikinteressierter Menschen darüber, ob hinter der Entscheidung der rot-grünen Landesregierung, die **▷ Grunderwerbssteuer** nach der Erhöhung von 3,5 auf 5 Prozent in 2011 erneut um 1,5 Prozent auf 6,5 Prozent zu steigern, ~ steckt. Die geradezu gebetsmühlenartig wiederholten Äußerungen von Finanzminister **▷ Norbert Walter-Borjans**, die Landesregierung habe keine Pläne, die Grunderwerbssteuer zu erhöhen, schließt ein Handeln der Landesregierung mit ~ eindeutig aus. Alles andere ließe den Schluss zu, Walter-Borjans habe, womöglich mit Wissen und Willen der Landesregierung, die **▷ Unwahrheit** gesagt. Und wer möchte diesem wackeren sozialdemokratischen Finanzakrobaten, der seine Entscheidungen jährlich zu unser aller Wohl durch das **▷ Landesverfassungsgericht** überprüfen lässt, diese ~ unterstellen?

Nein, um diese und andere Entscheidungen am rot-grünen Kabinetttisch zu verstehen, muss man sich der modernen **▷ Hirnforschung** zuwenden. Der bekannte Neurophysiologe Wolf Singer liefert die Erklärung: „Dann entscheiden Sie manchmal gegen Ihr besseres Gefühl und für die Argumente. Aber dann fühlen Sie sich schlecht. Meistens läuft es anders: Sie entscheiden nach Gefühl, denn die passenden Argumente zur Rechtfertigung der intuitiv getroffenen Entscheidung finden Sie schon noch im Nachhinein. Sie entscheiden also wider besseres Wissen und dann heißt es Warten, bis sich das Gewissen daran anpasst.“

Kann doch niemand von den Regierungsmitgliedern verlangen, sich schlecht zu fühlen, nur weil nach **▷ Argumenten** entschieden wurde – oder?

Jetzt ist klar, warum niemand die ~ hatte, die Grunderwerbssteuer zu erhöhen. Jetzt ist auch klar, warum Hannelore **▷ Kraft** wider besseres Wissen behauptete, sie sei im Urlaub telefonisch nicht erreichbar gewesen und hätte deshalb von der Unwetterkatastrophe in Münster nichts mitbekommen. Jetzt ist klar, warum der Innenminister wider besseres Wissen, trotz 44 teils schwer verletzter Polizeibeamter, bei den Ausschreitungen von Hooligans und Rechten in Köln von einem gut vorbereiteten Einsatz spricht.

Intuitive Entscheidungen! Die passenden Argumente zur Rechtfertigung im Nachhinein finden sich schon noch. Jetzt heißt es Warten, bis sich das rot-grüne **▷ Gewissen** daran angepasst hat. Aber nur, wenn wir es zulassen!

Verwandte Artikel: Über|sprungs|hand|lung, die, Subst. ■

KEIN SPIEL OHNE REGELN.

KEIN SPIEL MIT ALKOHOL.

Ein wichtiger Bestandteil der Spielverordnung: Seit 1985 ist Alkoholkonsum in gewerblichen Spielhallen gesetzlich untersagt. Damit der Spaß bleibt, wird in gewerblichen Spielhallen nur mit klarem Kopf gespielt.

KEIN SPIEL UNTER 18.

Der Aufenthalt in Spielhallen sowie das Spielen an Geldspielgeräten ist jungen Menschen unter 18 Jahren grundsätzlich nicht erlaubt. Unser Servicepersonal verlangt im Zweifelsfall den Personalausweis der Besucher.

KEIN SPIEL OHNE GRENZEN.

Jedes Spiel braucht klare Regeln. Vor allem bei Gewinn- und Verlustmöglichkeiten. Diese sind eng begrenzt. Unseren Besuchern wird nicht die Hoffnung auf schnelles Geld vermittelt. Informationen hierzu hängen gut sichtbar in jeder Spielhalle aus.



Mehr Infos unter www.automatenwirtschaft.de

Spielteilnahme erst ab 18 Jahren. Übermäßiges Spielen ist keine Lösung bei persönlichen Problemen. Beratung/Info Tel.: 01801/372700 (City-Tarif).

Bauen Sie auf die
beste Adresse für
Vermögensaufbau.

Banken
+ Bausparkassen
+ Versicherungen
+ Investmentgesellschaften

Deutsche Vermögensberatung

- > 40 Jahre Erfahrung
in Vermögensaufbau
und -absicherung
- > Über 6 Millionen Kunden
- > Über 3.400 Direktionen
und Geschäftsstellen



Deutsche
Vermögensberatung

Vermögensaufbau für jeden!

Informieren Sie sich bei unserer kostenlosen Kundenhotline
unter: **0800 3824000** oder finden Sie Ihren persönlichen
Vermögensberater unter: **www.dvag.de**

Ihr Kalender für 2015



www.cdu-nrw.de

Januar		Februar		März		April		Mai		Juni	
1 Do	Neujahr	1 So	120 WbW	1 So	116 WbW	1 Mi	Tag der Arbeit	1 Fr	Tag der Arbeit	1 Mo	
2 Fr		2 Mo	•	2 Mo	•	2 Do		2 Sa		2 Di	
3 Sa		3 Di	•	3 Di	•	3 Fr	Karfreitag	3 So	107 WbW	3 Mi	
4 So	124 WbW	4 Mi	•	4 Mi	•	4 Sa		4 Mo	•	4 Do	35. Evangelischer Kirchentag in Stuttgart (bis 7. Juni)
5 Mo		5 Do	•	5 Do	•	5 So	111 WbW	5 Di	•	5 Fr	GT Gießel auf Schloss Elmshaus/Garmisch Partenkirchen (bis 5. Juni) Fronleichnam
6 Di	17:30 Uhr: Neujahrsempfang der CDA, Bielerfeld	6 Fr	•	6 Fr	•	6 Mo	Ostermontag	6 Mi	•	6 Sa	Finale UEFA Champions League 2014/15, Olympiabildung Berlin, 102 WbW
7 Mi		7 Sa		7 Sa	10.00 Uhr: Landestagung der Frauen-Union, Paderborn	7 Di		7 Do	•	7 So	•
8 Do		8 So	119 WbW	8 So	•	8 Mi		8 Fr	•	8 Mo	•
9 Fr		9 Mo	•	9 Mo	•	9 Do		9 Sa	•	9 Di	•
10 Sa		10 Di	•	10 Di	•	10 Fr	105 WbW	10 So	Bürgerschaftswahl in Bremen	10 Mi	•
11 So	123 WbW	11 Mi	•	11 Mi	•	11 Sa		11 Mo		11 Do	•
12 Mo	•	12 Do	•	12 Do	•	12 So	110 WbW	12 Di		12 Fr	Gemeinsame Sitzung des Landesvorstands und der Vorsitzendenkonferenz
13 Di	•	13 Fr		13 Fr		13 Mo		13 Mi		13 Sa	37. Landesparteitag der CDU Nordrhein-Westfalen
14 Mi	•	14 Sa	Bürgerschaftswahl in Hamburg	14 Sa	Abschlusskongress Grundsatzprogrammprozess	14 Di		14 Do	Internationaler Karlspreis, Aachen	14 So	101 WbW
15 Do	•	15 So	118 WbW	15 So	114 WbW	15 Mi	•	15 Fr	Christi Himmelfahrt	15 Mo	•
16 Fr	•	16 Mo	Rosenmontag	16 Mo	•	16 Do		16 Sa		16 Di	•
17 Sa	10.30 Uhr: Neujahrsempfang der CDU, Düsseldorf	17 Di	•	17 Di	•	17 Fr		17 So	105 WbW	17 Mi	•
18 So	122 WbW	18 Mi	•	18 Mi	•	18 Sa		18 Mo	•	18 Do	•
19 Mo		19 Do	•	19 Do	•	19 So	109 WbW	19 Di	•	19 Fr	•
20 Di		20 Fr	•	20 Fr	•	20 Mo	•	20 Mi	•	20 Sa	•
21 Mi		21 Sa		21 Sa		21 Di	•	21 Do	•	21 So	100 WbW
22 Do		22 So	117 WbW	22 So	113 WbW	22 Mi	•	22 Fr		22 Mo	
23 Fr		23 Mo	•	23 Mo	•	23 Do	•	23 Sa	Finale Eurovision Song Contest, Wien	23 Di	
24 Sa		24 Di	•	24 Di	•	24 Fr	Mandatsträgerkonferenz (bis 25. April)	24 So	104 WbW	24 Mi	•
25 So	121 WbW	25 Mi	•	25 Mi	•	25 Sa	30. Landestagung der CDA im Anschluss Arbeitnehmertagung	25 Mo	Pfingstmontag	25 Do	•
26 Mo	•	26 Do	•	26 Do	•	26 So	108 WbW	26 Di		26 Fr	•
27 Di	•	27 Fr	•	27 Fr	•	27 Mo	•	27 Mi	•	27 Sa	Summer [University der Jungen Union
28 Mi	•	28 Sa		28 Sa		28 Di		28 Do		28 So	Summer [University der Jungen Union
29 Do	•	29 So	112 WbW	29 So	•	29 Mi	•	29 Fr	Weltfest des Pferdesports, CHIO, Aachen (bis 31. Mai)	29 Mo	•
30 Fr	•	30 Mo	•	30 Mo	•	30 Do	•	30 Sa	DFB-Pokal Finale, Berlin	30 Di	•
31 Sa		31 Di		31 Di		31 Do	103 WbW	31 So			

• Plenarsitzungen Landtag Nordrhein-Westfalen
 • Sitzungswoche Deutscher Bundestag
 • Plenarsitzungen Europäisches Parlament
 WbW = Wochen bis zum Regierungsverwechsel

Feier- und Ferientage (grau hinterlegt):
 Neujahr 01. Januar 2015 30. März bis 11. April 2015 06. April 2015 01. Mai 2015 14. Mai 2015 26. Mai 2015 04. Juni 2015 29. Juni bis 11. August 2015
 Ostermontag 01. Mai 2015
 Christi Himmelfahrt 14. Mai 2015
 Pfingstferien 26. Mai 2015
 Fronleichnam 04. Juni 2015
 Sommerferien 29. Juni bis 11. August 2015

Ihr Kalender für 2015



CDU

www.cdu-nrw.de

Juli		August		September		Oktober		November		Dezember	
1 Mi	1 Sa	1 Di	1 Do	1 So	1 Di	1 Di	1 Di	1 Di	1 Di	1 Di	1 Di
2 Do	2 So	2 Mi	2 Fr	2 Mo	2 Mi	2 Mi	2 Mi	2 Mo	2 Mi	2 Mi	2 Mi
3 Fr	3 Mo	3 Do	3 Sa	3 Di	3 Do	3 Do	3 Do	3 Di	3 Do	3 Do	3 Do
4 Sa	4 Di	4 Fr	4 So	4 Mi	4 Fr	4 Fr	4 Fr	4 Mi	4 Fr	4 Fr	4 Fr
5 So	5 Mi	5 Sa	5 Mo	5 Do	5 Mo	5 Sa	5 Sa	5 Do	5 Sa	5 Sa	5 Sa
6 Mo	6 Do	6 So	6 Di	6 Fr	6 Di	6 Fr	6 Fr	6 Do	6 So	6 So	6 So
7 Di	7 Fr	7 Mo	7 Mi	7 Sa	7 Mi	7 Sa	7 Sa	7 Mo	7 Mo	7 Mo	7 Mo
8 Mi	8 Sa	8 Di	8 Do	8 So	8 Do	8 So	8 So	8 Di	8 Di	8 Di	8 Di
9 Do	9 So	9 Mi	9 Fr	9 Mo	9 Mi	9 Mo	9 Mo	9 Mi	9 Mi	9 Mi	9 Mi
10 Fr	10 Mo	10 Do	10 Sa	10 Di	10 Di	10 Do	10 Do	10 Mi	10 Do	10 Do	10 Do
11 Sa	11 Di	11 Fr	11 So	11 Mi	11 Mi	11 Fr	11 Fr	11 Mi	11 Fr	11 Fr	11 Fr
12 So	12 Mi	12 Sa	12 Mo	12 Do	12 Mo	12 Sa	12 Sa	12 Do	12 Sa	12 Sa	12 Sa
13 Mo	13 Do	13 So	13 Di	13 Fr	13 Di	13 Fr	13 Fr	13 Mo	13 So	13 So	13 So
14 Di	14 Fr	14 Mo	14 Mi	14 Sa	14 Mi	14 Sa	14 Sa	14 Mo	14 Mo	14 Mo	14 Mo
15 Mi	15 Sa	15 Di	15 Do	15 So	15 Do	15 So	15 So	15 Mi	15 Di	15 Di	15 Di
16 Do	16 So	16 Mi	16 Fr	16 Mo	16 Mo	16 Mo	16 Mo	16 Mi	16 Mi	16 Mi	16 Mi
17 Fr	17 Mo	17 Do	17 Sa	17 Di	17 Di	17 Do	17 Do	17 Mi	17 Di	17 Di	17 Di
18 Sa	18 Di	18 Fr	18 So	18 Mi	18 Mi	18 Fr	18 Fr	18 Mi	18 Di	18 Di	18 Di
19 So	19 Mi	19 Sa	19 Mo	19 Do	19 Do	19 So	19 So	19 Mi	19 Sa	19 Sa	19 Sa
20 Mo	20 Do	20 So	20 Di	20 Fr	20 Fr	20 Do	20 Do	20 Mi	20 So	20 So	20 So
21 Di	21 Fr	21 Mo	21 Mi	21 Sa	21 Mi	21 Sa	21 Sa	21 Mo	21 So	21 So	21 So
22 Mi	22 Sa	22 Di	22 Do	22 So	22 Do	22 So	22 So	22 Mo	22 Di	22 Di	22 Di
23 Do	23 So	23 Mi	23 Fr	23 Mo	23 Mo	23 Mo	23 Mo	23 Mi	23 Di	23 Di	23 Di
24 Fr	24 Mo	24 Do	24 Sa	24 Di	24 Di	24 Do	24 Do	24 Mi	24 Do	24 Do	24 Do
25 Sa	25 Di	25 Fr	25 So	25 Mi	25 Mi	25 Fr	25 Fr	25 Mo	25 Sa	25 Sa	25 Sa
26 So	26 Mi	26 Sa	26 Mo	26 Do	26 Mo	26 Sa	26 Sa	26 Mo	26 So	26 So	26 So
27 Mo	27 Do	27 Mi	27 Fr	27 Sa	27 Di	27 Fr	27 Fr	27 Mo	27 So	27 So	27 So
28 Di	28 Fr	28 Mo	28 Mi	28 Do	28 Mi	28 Sa	28 Sa	28 Mo	28 Di	28 Di	28 Di
29 Mi	29 Sa	29 Di	29 Do	29 So	29 Do	29 So	29 So	29 Mi	29 Di	29 Di	29 Di
30 Do	30 So	30 Mi	30 Fr	30 Mo	30 Mo	30 Do	30 Do	30 Mi	30 Mi	30 Mi	30 Mi
31 Fr	31 Mo	31 Mi	31 Sa	31 Sa	31 Sa	31 Sa	31 Sa	31 Mo	31 Do	31 Do	31 Do

- Plenarsitzungen Landtag Nordrhein-Westfalen
- Sitzungswoche Deutscher Bundestag
- Plenarsitzungen Europäisches Parlament
- WbW = Wochen bis zum Regierungswechsel!

- Feier- und Ferientage (grau hinterlegt):
- Sommerferien 29. Juni bis 11. August 2015
- Tag der Deutschen Einheit 03. Oktober 2015
- Herbstferien 05. bis 17. Oktober 2015
- Allerheiligen 01. November 2015
- Weihnachtsferien 23. Dezember 2015 bis 06. Januar 2016